

BLICKPUNKT WELTPOLITIK

Herausgeber: Institut für Internationale Beziehungen der Deutschen Akademie
für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg

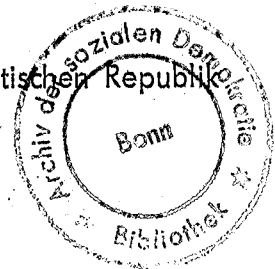
Das Manuskript wurde am 31. Januar 1967 abgeschlossen.

Prof. Dr. Herbert Kröger

„Neue“ Ostpolitik in Bonn?



Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin 1967,



Inhalt

I. Die Bonner Behauptung von einer „neuen“ Ostpolitik	7
II. Die Herausbildung der angeblich „neuen“ Ostpolitik Bonns und ihr Platz in der außenpolitischen Gesamtkonzeption der in Westdeutschland herrschenden Kreise	11
1. Die Bundestagsentschließung vom 14. Juni 1961 als Geburtsurkunde der „neuen“ Ostpolitik	11
2. Die „neue“ Ostpolitik und die Bonner aggressive „Deutschlandkonzeption“	13
3. Das internationale Kräfteverhältnis und die „neue“ Ostpolitik	18
III. Inhalt, Ziele und Methoden der Bonner Ostpolitik	23
1. Die Stoßrichtung der Bonner Ostpolitik gegen die Existenz der DDR und den Status quo in Europa	25
2. Die Stoßrichtung der Bonner Ostpolitik gegen die Einheit des sozialistischen Lagers	31
3. Die Stoßrichtung der Bonner Ostpolitik gegen die innere Ordnung der sozialistischen Staaten	39
4. Die militärische Planung Bonns zur Durchsetzung der Ziele der Ostpolitik	42
5. Die Gesamtzielsetzung der Bonner Ostpolitik	45

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik
ES 4 B 3 · VLN 610/62 · 141/67 DDR
Lektor: Irmgard Jendretzky
Hersteller: Wolfgang Lange / Christa Grimm
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik
(Rollenrotations-Hochdruck)
EVP: 1,50

13186 FES 20.0577

A52961

IV. Varianten und Differenzierungen in der ostpolitischen Konzeption der Bundesrepublik	47
1. Die Varianten der ostpolitischen Konzeption innerhalb der CDU/CSU und der FDP	47
2. Die ostpolitische Konzeption der SP-Führung	51
3. Die Ostpolitik der Regierung Kiesinger-Strauß	55
V. Die Erfordernisse der europäischen Sicherheit und die Beziehungen zwischen Westdeutschland und den sozialistischen Staaten Europas	63
1. Die Forderungen und Vorschläge der Bukarester Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa	63
2. Das „Minimalprogramm“ der DDR – ein Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa	67
Anhang	
Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa	73

I. Die Bonner Behauptung von einer „neuen“ Ostpolitik

Von der westdeutschen Regierung wird schon seit längerer Zeit gern und mit viel Nachdruck von einer „neuen“ oder „flexiblen“ Ostpolitik gesprochen, und man ist in Bonner Regierungskreisen offenbar sehr daran interessiert, gerade die angebliche „Neuheit“ der derzeitigen offiziellen Konzeption der westdeutschen Politik gegenüber den sozialistischen Staaten Osteuropas hervorzuheben. Diese Bemühungen der Bundesregierung sind besonders seit der Bildung der Koalitionsregierung mit der SP außerordentlich intensiviert worden. In der westdeutschen Presse – von Springers „Welt“ bis zum sozialdemokratischen „Vorwärts“ – ist man emsig bestrebt, die Illusion zu wecken und zu fördern, in Bonn habe sich gerade hinsichtlich der Haltung zu den sozialistischen Staaten Europas eine wirkliche Wendung zu einer Politik der Vernunft vollzogen. Man möchte den Eindruck erwecken, die Bundesregierung habe ihren alten Kurs eines aggressiven Antikommunismus und revanchistischer Gebietsforderungen gegen die sozialistischen Staaten Europas aufgegeben und sei jetzt mit ihrer „neuen“ Ostpolitik zu einer aufrichtigen Verständigung mit diesen Staaten und damit zu einem wesentlichen Beitrag zur Entspannung und zur Festigung der Sicherheit in Europa bereit.

In diesem Sinne erklärte die Bonner Regierung zum Beispiel bereits in ihrer „Friedensnote“ vom 25. März 1966: „Die Bundesregierung verfolgt weder eine Revanchepolitik noch eine restaurative Politik. Ihr Blick ist nicht rückwärts, sondern vorwärts gewandt. Ihr Ziel ist eine gerechte, auf friedlichen Vereinbarungen beruhende europäische Ordnung, in der alle Völker frei und als gute Nachbarn mit-

einander leben können. Auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten sind Teil Europas.¹ Der neue Bundeskanzler Kiesinger behauptete in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag vom 13. Dezember 1966 sogar: „Deutschland war jahrhundertlang die Brücke zwischen West- und Osteuropa. Wir möchten diese Aufgaben auch in unserer Zeit gern erfüllen.“²

Niemand wird bestreiten, daß ein Abgehen der westdeutschen Bundesrepublik von ihrer bisherigen verständigungsfeindlichen Haltung zu den sozialistischen Staaten Europas, von ihrem militanten Antikommunismus und ihrer antikommunistischen Kreuzzugsideologie, von ihrer Weigerung, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen bzw. wiederhergestellten Grenzen der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und der CSSR anzuerkennen, von ihrer Negierung der Existenz und der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik ein entscheidender Beitrag zum Abbau der Spannungen in Europa und zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit sein würde. Eben deshalb haben sich die sozialistischen Länder Europas seit langem in Hunderten von konkreten und realistischen Vorschlägen einzeln und gemeinsam um die Anbahnung guter Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern Westeuropas, insbesondere auch zur westdeutschen Bundesrepublik, auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz bemüht. Sie haben niemals einen Zweifel daran gelassen, daß sie an derartigen normalen politischen Beziehungen und an der Entwicklung einer fruchtbaren ökonomischen und kulturellen Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Nichteinmischung und des beiderseitigen Vorteils interessiert sind und darin einen großen Nutzen für alle europäischen Völker sehen würden. Sie haben deshalb gemeinsam in der auf der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages vom 4. bis 7. Juli 1966 beschlossenen „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ klar festgestellt, daß „die Anbahnung und Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den europäischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen... ihre wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen aktivieren und damit die Möglichkeiten der europäischen Staaten vergrößern (kön-

1 Note der Bundesregierung vom 25. 3. 1966 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 42, vom 26. 3. 1966, S. 329.

2 Die Welt vom 14. 12. 1966, S. 6.

nen), einen wirkungsvollen Beitrag zur Gesundung der Lage in Europa und zur Entwicklung des gegenseitigen Vertrauens sowie der gegenseitigen Achtung zu leisten“³. Und aus diesen Erwägungen haben sie eindeutig erklärt: „Die Teilnehmerstaaten der Beratung rufen alle europäischen Staaten auf, gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils – auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung – zu entwickeln. Davon ausgehend, treten sie für die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen und Handelsverbindungen ein, für eine Erweiterung der Kontakte und Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik, Kultur und Kunst sowie auf anderen Gebieten, die neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit der europäischen Länder eröffnen.

Es gibt kein Gebiet der friedlichen Zusammenarbeit, auf dem die europäischen Staaten nicht Möglichkeiten finden könnten, weitere Schritte zum gegenseitigen Vorteil zu tun.“⁴

Es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, daß es hoffnungsvolle Anzeichen für eine Entspannung und die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Europa geben würde, wenn die „neue“ Ostpolitik der Bundesregierung, insbesondere die der Regierung Kiesinger-Strauß wirklich auf die in der sogenannten Friedensnote vom 25. März 1966 verkündeten bzw. in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 angeblich zum Programm erhobenen Ziele gerichtet sein würde. Denn gerade die westdeutsche Bundesrepublik hat sich ja bisher von sämtlichen westeuropäischen Staaten am hartnäckigsten allen Verständigungsbemühungen der sozialistischen Staaten widersetzt und durch ihre revanchistische Politik jede Ost-West-Entspannung in Europa blockiert.

Daraus folgt, daß es im Interesse richtig orientierter und den politischen Realitäten Rechnung tragender Aktivitäten vor allem der sozialistischen Staaten Europas für die Festigung der europäischen Sicherheit dringend erforderlich ist, die außenpolitische Konzeption der Bonner Regierung, die sie als ihre „neue“ Ostpolitik bezeichnet, nüchtern und exakt zu analysieren, um festzustellen, ob diese Politik

3 Neues Deutschland vom 9. 7. 1966.

4 Ebenda.

wirklich ein Aufgeben der alten, entspannungsfeindlichen Haltung der Bundesrepublik zu den sozialistischen Staaten bedeutet und ob sie echte Ansatzpunkte zu einer Verständigung zwischen Ost und West enthält. Eine solche Analyse ist heute auf Grund der sehr zahlreich vorliegenden offiziellen Bonner Äußerungen zu den Zielen und dem Inhalt dieser „neuen“ Ostpolitik durchaus möglich, und sie bietet, eben weil sie sich auf authentisches Material gründen kann, auch die Gewähr zuverlässiger Schlußfolgerungen.

II. Die Herausbildung der angeblich „neuen“ Ostpolitik Bonns und ihr Platz in der außenpolitischen Gesamtkonzeption der in Westdeutschland herrschenden Kreise

Der Versuch einer Analyse der Motive, des Inhalts und der Ziele der als „neu“ bezeichneten Konzeption der westdeutschen Politik gegenüber den sozialistischen Staaten Europas kann zunächst nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Charakterisierung dieser Konzeption als „neu“ höchstens in einem außerordentlich relativen Sinne als zutreffend anerkannt werden kann.

1. Die Bundestagsentschließung vom 14. Juni 1961 als Geburtsurkunde der „neuen“ Ostpolitik

Von offiziellen Repräsentanten der Bonner Regierung ist bis in die jüngste Vergangenheit hinein zu wiederholten Malen ausdrücklich betont worden, daß die Grundlage dieser angeblich „neuen“ Ostpolitik die einstimmige Bundestagsentschließung vom 14. Juni 1961 darstellt,⁵ in der das westdeutsche Parlament die Regierung aufforderte, „eine Ostpolitik zu führen, deren Ziel die Wiederherstellung eines freien Gesamtdeutschlands ist, das auch mit der Sowjetunion und allen osteuropäischen Staaten friedliche und gedeihliche Beziehungen unterhält. Zu diesem Ziel soll die Bundesregierung jede sich bie-

⁵ Vgl. z. B. Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag am 10. 11. 1965 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1446); Bundesaußenminister Schröder in einem Interview mit der Welt am Sonntag vom 14. 11. 1965, a. a. O., 1965, Nr. 182, vom 19. 11. 1965, S. 1469 ff. (S. 1470).

tende Möglichkeit ergreifen, um ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten zu gelangen.⁶

Man muß also schon allein auf Grund der Tatsache, daß es sich bei dieser Ostpolitik um eine Konzeption aus dem Jahre 1961 handelt, feststellen, daß die Bundesregierung diese Politik, die sie jetzt als Ausdruck ihrer Verständnisbereitschaft hinstellen möchte, nach ihren eigenen Erklärungen mindestens bereits seit dem Sommer 1961 gegenüber den sozialistischen Staaten Europas betreibt.

Das aber heißt doch: Was als „neue“ Ostpolitik verkündet wird, ist die gleiche Politik, deren Praxis die sozialistischen Staaten – und nicht nur sie – bereits seit 1961 kennengelernt haben. Es ist die Politik, die in den letzten Jahren jede Verständigung zwischen den sozialistischen Staaten Europas und der Bundesrepublik unmöglich gemacht und die nur zur Erhaltung, ja zur Verschärfung der Spannungen in Europa beigetragen hat. Es ist die Politik, die der polnische Ministerpräsident Jozef Cyrankiewicz am 25. Oktober 1966 mit den Worten charakterisierte, daß sie mit ihren Forderungen nach Revanche und nach Kernwaffen den Frieden in Europa und der Welt bedroht,⁷ und die – wie der stellvertretende Außenminister der ČSSR, Otto Klička, feststellte – auch die Regierung Kiesinger-Strauß fortsetzt.⁸

Man kann sich daher angesichts der Bonner Erklärungen, nach denen die Bundesregierung selbst ihre angeblich „neue“ Ostpolitik mit der seit mehr als fünf Jahren praktizierten westdeutschen Haltung zu den sozialistischen Staaten identifiziert, offensichtlich nicht einem gewissen Mißtrauen gegenüber den Zielen dieser Politik und vor allem nicht der Notwendigkeit verschließen, die westdeutschen Regierungsaussagen über ihren Inhalt und ihre Aufgaben sehr aufmerksam zu prüfen.

⁶ Zitiert nach: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1440).

⁷ Vgl. Neues Deutschland vom 26. 10. 1966.

⁸ Vgl. Neues Deutschland vom 21. 12. 1966.

2. Die „neue“ Ostpolitik und die Bonner aggressive „Deutschlandkonzeption“

Eine zweite wesentliche Tatsache, die als eine entscheidende Grundlage jeder Analyse der Bonner Ostpolitik beachtet werden muß, ist der schon in der angeführten Bundestagsentschließung vom 14. Juni 1961 hergestellte und seitdem von den in Westdeutschland herrschenden Kreisen vielfach wiederholte und betonte Zusammenhang zwischen dieser Ostpolitik und der sogenannten Deutschlandpolitik. Und zwar geht es dabei nicht nur um einen einfachen Zusammenhang, sondern um ein Verhältnis von Mittel und Zweck, das heißt um eine Unterordnung der Ostpolitik unter die sogenannte Wiedervereinigungspolitik zu dem Zweck, sie zur Erreichung der Ziele der „Deutschlandpolitik“ einzusetzen. In diesem Sinne hieß es zum Beispiel in der Regierungserklärung vom 10. November 1965, daß die „Wiedervereinigung Deutschlands das Hauptziel (der) Außenpolitik“⁹ darstelle, und der frühere Außenminister und jetzige Verteidigungsminister Schröder erklärte eindeutig, daß für die Bundesrepublik „Außenpolitik letztlich Wiedervereinigungspolitik“ sei.¹⁰

Das bedeutet, daß die Ostpolitik der Bundesregierung – wie ihre gesamte Außenpolitik – nur aus dieser ihrer Ein- und Unterordnung unter die Ziele ihrer „Deutschlandpolitik“ in ihrem Wesensgehalt und ihren Absichten verstanden werden kann. Mit anderen Worten: Man kann sowohl die Motive als auch die Zielstellung der Ostpolitik nicht außerhalb und unabhängig von der Bonner Konzeption in der deutschen Frage begreifen.

Diese Konzeption aber ist regierungsoffiziell eindeutig formuliert worden. Sie findet ihren konzentrierten Ausdruck in folgenden Grundthesen, die hier in der wörtlich wiedergegebenen Formulierung zahlreicher offizieller westdeutscher Dokumente oder Erklärungen angeführt seien:

⁹ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1965, Nr. 179 vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1445).

¹⁰ Interview mit der Nürnberger Zeitung vom 13. 8. 1966 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 109, vom 19. 8. 1966, S. 861 ff. (S. 862).

- a) „Deutschland besteht völkerrechtlich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fort, solange nicht eine freigewählte gesamtdeutsche Regierung andere Grenzen anerkennt.“¹¹
- b) „Die Regelung der Grenzfragen (ist) nach den alliierten Vereinbarungen des Jahres 1945 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland aufgeschoben.“¹²
- c) „Die Bundesregierung verwahrt sich gegen die ... Behauptung, daß es zwei deutsche Staaten gäbe. Sie stellt ... fest, daß die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands kein Staat ist.“¹³
- d) „Die Bundesregierung hält seit ihrem Bestehen an ihrem Alleinvertretungsrecht für alle Deutschen fest.“¹⁴
- e) „Die Bundesregierung wird alles tun, um den inneren Zusammenhalt zwischen den beiden Teilen unseres getrennten Volkes zu festigen, aber sie wird ... keinen politischen Preis dafür zahlen.“¹⁵
- f) Das Ziel der Bundesregierung ist: „Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.“¹⁶

Nach ausdrücklicher Erklärung der Bundesregierung dient also ihre gesamte Außenpolitik – damit auch ihre sogenannte Ostpolitik – folgender Konzeption in der deutschen Frage: Wiedervereinigung Deutschlands in einem einheitlichen imperialistischen Staat Bonner Provenienz, der Bestandteil des westlichen Militärblocks ist und der die ehemaligen deutschen Grenzen – mindestens – vom 31. Dezember 1937 für sich beansprucht. Das heißt, es geht darum, im Wege eines Roll-back des Sozialismus zunächst bis an die alten Reichsgrenzen von 1937 einen zentraleuropäischen imperialistischen Staat zu schaffen, der nach seinen ökonomischen und militärischen Po-

11. Note vom 25. 3. 1966 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 42, vom 26. 3. 1966, S. 329; Regierungserklärung vom 10. 11. 1965, a. a. O., 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1440).

12. Note vom 25. 3. 1966, a. a. O.; vgl. auch Regierungserklärung vom 13. 12. 1966 in: Die Welt vom 14. 12. 1966, S. 6.

13. Erklärung der Bundesregierung zum Vertrag zwischen der UdSSR und Polen vom 8. 4. 1965 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 15. 4. 1965; Regierungserklärung vom 13. 12. 1966 in: Die Welt vom 14. 12. 1966, S. 7.

14. Regierungserklärung vom 10. 11. 1965, a. a. O.; Regierungserklärung vom 13. 12. 1966, a. a. O.

15. Regierungserklärung vom 10. 11. 1965, a. a. O.

16. Artikel 7 Abs. 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten vom 16. 5. 1952 in der Fassung des Protokolls vom 23. 10. 1954.

tenzen die Hegemonie in West- und Mitteleuropa für sich in Anspruch nehmen würde. Wie die „Ostpolitik“ dieses Zukunftsstaates der Bonner politischen Planung aussehen würde, hat ebenfalls kein Geringerer als der frühere Bundeskanzler Erhard ausgesprochen, von Seeborn und anderen ganz zu schweigen. Er erklärte wörtlich: „... Wir verzichten nicht – und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten – auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind ... Die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine neuen Rechtsrealitäten geschaffen.“¹⁷ Der jetzige Bundeskanzler Kiesinger kleidete denselben Gedanken in die „gefälliger“ Form von der angeblichen „Obhutspflicht“ der Bundesregierung gegenüber „allen Vertriebenen und Flüchtlingen“.¹⁸ Das ist im Kern der Sache nichts anderes als das alte Programm des deutschen Imperialismus, als der berüchtigte deutsche „Drang nach Osten“. Das ist die klassische Politik der herrschenden Gruppen des imperialistischen Deutschlands, die zu zwei Weltkriegen und zu der Vernichtungs- und Ausrottungspolitik des Hitlerfaschismus gegen die osteuropäischen Völker geführt hat.

In den Dienst dieser „Wiedervereinigungs“-Konzeption wird ausdrücklich auch die „neue“ Ostpolitik gestellt, wenn einer ihrer profiliertesten Vertreter, der frühere Bundesaußenminister und jetzige Verteidigungsminister Schröder, in einem speziell diesem Thema gewidmeten Aufsatz in „Foreign Affairs“ im Oktober 1965 schrieb: „Um Mißtrauen und Furcht abzubauen und damit der Entspannung in Europa zu dienen, werden wir keine Mühe scheuen. Wir können dies aber nicht tun, indem wir uns selbst verleugnen. Nichts wäre leichter, uns auf kurze Sicht den Beifall der Sowjetunion und das Wohlwollen anderer osteuropäischer Regierungen zu erwerben, als wenn wir uns mit dem Status quo in Europa abfinden, auf das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen und auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit verzichteten. Das gemeinsame Interesse verbietet einen solchen Weg.“¹⁹

Aber mehr noch: In den Dienst dieser Gesamtkonzeption stellte die

17. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1964, Nr. 52, vom 24. 3. 1964, S. 449 f.

18. Regierungserklärung vom 13. 12. 1966 in: Die Welt vom 14. 12. 1966, S. 7.

19. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1965, Nr. 155, vom 21. 9. 1965, S. 1253 ff. (S. 1254).

Bonner Politik auch stets ihre Rüstungsforderungen und insbesondere ihr Streben nach einem Mitbesitz oder mindestens einer Mitverfügung über Kernwaffen, das ja bereits mit unmittelbaren Vorbereitungen für eine eigene Kernwaffenproduktion gepaart ist. Denn nichts anderes bedeutet es doch, wenn Erhard in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1965 betonte: „Wir werden nachhaltig darauf hinwirken, daß kein System von Abrüstungs-, Entspannungs- oder Sicherheitsmaßnahmen auf der Konzeption eines geteilten Deutschlands errichtet wird. . . .“²⁰ und wenn die sogenannte Friedensnote der Bundesrepublik die Bereitschaft zu einer Abrüstungspolitik direkt von einer vorherigen Durchsetzung der Bonner „Wiedervereinigungskonzeption“ abhängig machte.²¹ Dieser Position der Bundesregierung entspricht es, wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ im September 1966 schrieb, Bonn müsse den USA begreiflich machen, daß die westdeutsche Regierung nicht von dem Anspruch auf Mitverfügung über Atomwaffen ablassen werde, weil das „angesichts der ungelösten deutschen Frage ein zu wichtiges Interesse“ sei.²² Auch das ist übrigens keine neue Taktik des deutschen Imperialismus. Hitler bekundete stets Bereitschaft zu Abrüstungsmaßnahmen, sofern vorher seine Forderungen erfüllt würden; nach dieser Erfüllung glaubte und glaubt man sich dann stark genug, keine Konzessionen mehr machen zu müssen.

Im Dienste dieser Politik steht auch die gesamte innere Militarierungspolitik der Bundesregierung, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll.

Und im Dienste dieser Politik steht von westdeutscher Seite schließlich die immer konkretere Herausbildung des Sonderbündnisses zwischen den USA und Bonn. Man kann nicht übersehen, daß Erhard bei seinem letzten Besuch in Washington, ungeachtet seiner Mißerfolge in manchen anderen Fragen, gerade hinsichtlich der Unterstützung der Bonner „Deutschlandpolitik“ durch die USA und hinsichtlich der amerikanischen Bereitschaft, in bestimmten Formen den westdeutschen Kernwaffenwünschen entgegenzukommen, Erfolge erzielt hat,²³ die sich auch in den Beschlüssen der Brüsseler

20 A. a. O., 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1447).

21 A. a. O., 1966, Nr. 42, vom 26. 3. 1966, S. 329 ff. (S. 330).

22 E.-O. Maetzke, „Heikle Amerikafahrt“, Leitartikel in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 9. 1966.

23 Vgl. Kommuniké über die Besprechungen zwischen Johnson und Erhard am 26. und 27. 9. 1966 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 128, vom 30. 9. 1966, S. 1017 ff.

NATO-Ratstagung²⁴ und in den Vereinbarungen von Rom²⁵ widerspiegeln und die jetzt in der Aufnahme der Bundesrepublik als ständiges Mitglied in die „Nukleare Planungsgruppe“ der NATO sichtbaren Ausdruck gefunden haben.²⁶

Man kann unter diesen Umständen der Feststellung in der Antwortnote der UdSSR vom 17. Mai 1966 auf die Bonner „Friedensnote“ nur zustimmen, daß „die westdeutsche Regierung . . . ihre Politik der Militarierung in erster Linie deshalb (betreibt), um das Hitlerreich von 1937 wieder zu errichten“²⁷.

Das alles zeigt, daß die sogenannte neue Ostpolitik nicht etwa Ausdruck einer wirklich neuen, prinzipiell veränderten Haltung des westdeutschen Imperialismus zu den sozialistischen Ländern Europas ist, sondern daß sie lediglich eine gewisse taktische Variante der Weiterführung der alten, unveränderten Politik des aggressiven Antikommunismus und Grenzrevisionismus, ja — dem Wesen nach sogar — des berüchtigten „Drangs nach Osten“ ist, die deren Realisierung unter den veränderten Bedingungen in der Welt und in Europa gewährleisten soll. Sie ist eine in gewisser Weise abgewandelte Methode, um die bisherige Linie der „Deutschland“- und „Europa-Politik“ des westdeutschen Imperialismus den vor allem seit Ende des Jahres 1961 veränderten und sich ständig weiter zununehmen der Bonner Revanchepolitik verändernden Verhältnissen anzupassen, wobei die Zielstellung konstant geblieben ist, die über folgende, sich zum Teil ineinander schiebende Hauptetappen erreicht werden soll:

Zunächst Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik und Eingliederung ihres Gesamtpotentials in das der Bundesrepublik und damit Herstellung der Hegemonie des deutschen Imperialismus in West- und Mitteleuropa;

dann Korrektur der territorialen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges entweder durch direkten Angriff auf die Staatsgrenzen der Nachbarstaaten (im Falle der Oder-Neiße-Grenze, und — bei günstiger Ge-

24 Vgl. Kommuniké der Brüsseler NATO-Ratstagung vom 7.—8. 6. 1966 in: Die Welt vom 10. 6. 1966.

25 Vgl. Neues Deutschland vom 27. 9. 1966.

26 Vgl. Schlußkommuniké der Ministertagung der NATO vom 15./16. 12. 1966 in Paris in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 159, vom 20. 12. 1966, S. 1291 f.

27 Neues Deutschland vom 20. 5. 1966.

legenheit — auch hinsichtlich des Kaliningrader Gebiets) oder mittels des indirekten Angriffs (im Falle der ČSSR über eine Durchsetzung des sogenannten Heimatrechts der ehemaligen Sudeten-deutschen, das zu diesem Zweck ja bereits als „vererblich“ deklariert wird, mit anschließender „Heim-ins-Reich-Bewegung“ auf der Grundlage eines usurpierten Selbstbestimmungsrechts); schließlich Nutzung der so geschaffenen Ausgangspositionen für einen neuen Versuch des deutschen Imperialismus und Militarismus, ganz Europa zu beherrschen.

Diese politische Konzeption der Bundesrepublik gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und den anderen sozialistischen Staaten Europas stellt somit einen immanenten Bestandteil und folgerichtigen Ausdruck der aggressiven Politik des Imperialismus überhaupt dar, die darauf zielt, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu korrigieren und einen Schlag gegen den Sozialismus in Europa zu führen. Sie bettet sich damit in die globale Zielsetzung der aggressiven imperialistischen Kräfte ein, an deren Spitze heute die herrschenden Kreise in den USA und in Westdeutschland stehen.

3. Das internationale Kräfteverhältnis und die „neue“ Ostpolitik

Die Ursachen, die dafür bestimmend waren, daß die Bonner Politik seit 1961 nach einer neuen politischen Taktik für die Verfolgung dieser Ziele suchen mußte, liegen in den seit längerem deutlich sichtbaren objektiven Entwicklungstendenzen des internationalen Kräfteverhältnisses in der Welt und in Europa begründet, deren Hauptfaktoren — kurz skizziert — folgende sind:

a) Es ist nicht zu übersehen und konnte auch in Bonn nicht übersehen werden, daß die vielfachen Projekte der imperialistischen Hauptkräfte, durch direkte militärische oder konterrevolutionäre Aktionen den Sozialismus in Europa zurückzudrängen und Positionen für den Imperialismus wiederzugewinnen, an der Stärke und Geschlossenheit der sozialistischen Staaten gescheitert sind und daß derartige Versuche heute keinerlei Chancen mehr haben, im Gegenteil, daß das aus ihnen erwachsende Risiko für den An-

greifer jedes kalkulierbare Maß übersteigt. Kurz gesagt: Der Bankrott der „Politik der Stärke“ ist offensichtlich geworden.

- b) Es ist ebenfalls nicht zu verkennen, daß unter dem Eindruck vor allem der USA-Aggression in Vietnam, aber auch der prinzipiell gegen den Status quo in Europa gerichteten Bonner Politik und der Herausbildung eines amerikanisch-westdeutschen Atomwaffenkomplotts das Bestreben der europäischen Völker wächst, die Sicherheit in Europa zu stabilisieren, und daß die offen betriebene Bonner „Störenfried“-Politik die Bundesrepublik immer mehr in die Gefahr der Isolierung drängt.
- c) Bonn muß weiter Kenntnis davon nehmen, daß die USA zwar die Bonner politischen Ziele in Europa nach wie vor unterstützen, aber gleichwohl schon seit längerer Zeit das Hauptfeld direkter Aktionen zum Zwecke einer Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten nicht in erster Linie in Europa sehen. Sie erachten unter den derzeitigen Bedingungen die Situation für militärische Aktionen in Europa nicht für günstig und richten ihre Hauptstoßrichtung auf Räume, in denen sie auf geringeren Widerstand zu stoßen glauben. Das aber bedeutet im Zusammenhang mit der weiteren Stärkung der sozialistischen Staaten, vor allem der Sowjetunion, und der Festigung ihrer Zusammenarbeit auf allen Gebieten, wie sie insbesondere in den Bukarester Beschlüssen zum Ausdruck kommt, aber auch im Zusammenhang mit den Differenzen in der NATO, den Zusammenbruch der von westdeutscher Seite entwickelten Konzeption einer „Vorwärtsstrategie“ gegen das sozialistische Lager.
- d) Insbesondere kann sich Bonn auch nicht mehr der Tatsache verschließen, daß die Politik des Frontalangriffs gegen die Deutsche Demokratische Republik völlig gescheitert ist, daß im Gegenteil der Einfluß der DDR und ihrer zielstrebigem Verständigungs- und Friedenspolitik wächst, daß der Bankrott der Hallstein-Doktrin immer sichtbarer wird und infolgedessen die bisherige Methode der Bonner „Deutschlandpolitik“ auch in Westdeutschland weithin als aussichtslos erkannt wird.
- e) Schließlich verschärfen sich in Westdeutschland durch die Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums und die Zuspitzung

sozialer Widersprüche die Auseinandersetzungen um die außenpolitische Grundlinie und die Forderungen, neue Wege zu beschreiten.

Das heißt, es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die Widersprüche zwischen der Gesamtkonzeption der Bonner Politik, insbesondere auch der „Deutschland“- und „Europapolitik“, und den objektiven Grundtendenzen der weltpolitischen Entwicklung ständig wachsen. Infolgedessen befindet sich die Bundesrepublik — vor allem seit dem 13. August 1961 — in ihrer ganzen Außenpolitik in einer Defensive, aus der sie unter allen Umständen herauszugelangen trachtet. Statt aber aus dieser Lage die allein sinnvolle Konsequenz einer grundlegenden Revision dieser gesamten, objektiv gescheiterten Politik zu ziehen, versucht man, sie mit veränderten Methoden weiterzuführen, was mit Sicherheit zu einer fortschreitenden Zuspitzung der Widersprüche und Schwierigkeiten führen muß.

Es ist angesichts des Zusammenspiels Bonns mit Washington und der gegenseitigen Abhängigkeit in vielen Fragen gewiß kein Zufall, daß die Bundesregierung unter diesen Bedingungen Überlegungen aufgriff, die in den USA seit der Regierung Kennedy entwickelt wurden, um der zuungunsten des Imperialismus veränderten weltpolitischen Lage Rechnung zu tragen und die Politik der Verteidigung und Erweiterung der imperialistischen Positionen und der Zurückdrängung des Sozialismus diesen neuen Bedingungen anzupassen. In diesem Rahmen waren die außenpolitischen Planer des USA-Imperialismus und die offiziellen Regierungskreise der USA auch bemüht, eine Konzeption der „Europapolitik“ auszuarbeiten und ihrem europäischen Hauptverbündeten nahezu legen, die der amerikanischen globalen Strategie und Taktik maximal entspricht. Es ist nicht zu verkennen, daß das, was die Bundesregierung heute als ihre „neue“ Ostpolitik bezeichnet, weitgehend mit den taktischen Vorstellungen übereinstimmt, die der amerikanische Professor Brzezinski, der jetzt im Planungsstab des USA-Außenministeriums tätig ist, 1965 in einem Buch formulierte.²⁸ Brzezinski geht dabei von der Feststellung aus, daß es offenbar gegenwärtig nicht möglich ist, im Wege eines direkten politischen oder militärischen Angriffs die sozialistische Ordnung in den osteuropäischen Ländern zu beseitigen

und die Deutsche Demokratische Republik der westdeutschen Bundesrepublik einzuverleiben. Er zieht daraus für die amerikanische Politik die Schlußfolgerung, daß man also „anstatt darauf zu warten, daß die kommunistische Herrschaft zusammenbricht, . . . künftig evolutionäre Änderungen in den einzelnen kommunistischen Ländern und im sowjetischen Block als Ganzem fördern“ müsse,²⁹ wobei er insbesondere den Einsatz ökonomischer Mittel empfiehlt.

²⁹ Zitiert nach: O. Winzer, Diskussionsrede auf der 13. Tagung des ZK der SED vom 15.-17. 9. 1966 in: Neues Deutschland vom 23. 9. 1966.

²⁸ Z.K. Brzezinski, Alternative to Partition, New York 1965.

III. Inhalt, Ziele und Methoden der Bonner Ostpolitik

Die westdeutsche Regierung übernahm seit etwa Anfang der 60er Jahre (sog. Jaksch-Bericht und Entschließung des Bundestages vom 14. Juni 1961³⁰) in ihren wesentlichen Grundzügen die dann von Brzezinski theoretisch begründete und formulierte Osteuropa-Konzeption der USA, die der amerikanische Präsident Johnson auf den politischen Leitsatz brachte: „Wir müssen den langsamen Zerfall des Eisernen Vorhangs beschleunigen. Indem wir Brücken zwischen den Ländern Osteuropas und dem Westen schlagen, bringen wir den Tag näher, an dem Europa innerhalb seiner alten geschichtlichen Grenzen wiederhergestellt werden kann.“³¹

Die Bundesregierung orientierte sich damit auf eine Politik, deren Ziel – wie Johnson sehr deutlich zum Ausdruck brachte – darin besteht, durch die Entwicklung von Kontakten und den Ausbau der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern Europas deren Zusammenhalt und die Festigung ihrer inneren Ordnung zu schwächen und letztlich – zwar nicht mit den Mitteln direkter militärischer Gewalt, wohl aber mit denen einer politischen, ökonomischen und ideologischen Infiltration – eine Zurückdrängung des Sozialismus und eine Restauration des Kapitalismus in ganz Europa herbeizuführen; denn nichts anderes verbirgt sich hinter Johnsons These von der „Wiederherstellung Europas innerhalb seiner alten geschichtlichen Grenzen“. Bonn schloß sich also der von den USA entwickelten neuen und verschleierte Form einer Roll-back-Politik

³⁰ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1446).

³¹ Rede Johnsons zum 8. Mai 1965, zit. nach: Die Welt vom 10. 5. 1965.

gegen den Sozialismus in Europa an, deren Methoden den veränderten Bedingungen angepaßt waren.

Dabei waren die in Westdeutschland herrschenden Kreise bestrebt, diese gegen das gesamte sozialistische Lager gerichtete imperialistische Konzeption mit ihrer oben dargestellten eigenen primären Zielsetzung in Übereinstimmung zu bringen, ihre „Deutschlandpolitik“ zu verwirklichen, das heißt, ihren Herrschaftsbereich durch Annexion der Deutschen Demokratischen Republik auch auf deren Territorium auszudehnen. Sie brauchten eine „Ostpolitik“, die zugleich mit ihrer langfristigen allgemeinen Stoßrichtung gegen den Sozialismus in Europa überhaupt ein ganz spezielles Angriffsinstrument gegen die DDR sein sollte. Deshalb entwickelte man in Bonn diese Politik von vornherein mit einer doppelten Zielstellung: Einmal sollte sie ein Glied sein in dem von den USA initiierten und geführten Generalangriff des Imperialismus zur Auflösung der Einheit des sozialistischen Lagers in Europa und zur schrittweisen Aufweichung und allmählichen konterrevolutionären Unterwanderung einzelner sozialistischer Staaten. Zum anderen sollte sie für Bonn ein wirksamer Hebel sein, um die DDR von den anderen sozialistischen Ländern zu isolieren, sie für eine Annexion durch die Bundesrepublik „sturmreif“ zu machen und damit sowohl den Prozeß der Aufspaltung und Schwächung des ganzen sozialistischen Lagers voranzutreiben als auch die westdeutsche „Wiedervereinigungs“-Konzeption zu realisieren. In der westdeutschen Ostpolitik verschmelzen daher diese beiden Elemente einerseits in ihrer generellen konterrevolutionären Stoßrichtung gegen alle sozialistischen Staaten Europas und deren Geschlossenheit und andererseits in ihrer besonderen Angriffsrichtung gegen die DDR zu einer Einheit, bei der keine dieser beiden Seiten von der anderen getrennt werden kann, da sie sich beide für das westdeutsche politische Instrumentarium wechselseitig als Mittel und Zweck darstellen.

Diese Doppelfunktion der Bonner Ostpolitik kommt bereits in der offiziell als ihre Grundlage bezeichneten Bundestagsentschließung vom 14. Juni 1961 zum Ausdruck, wenn dort die „Wiederherstellung eines freien Gesamtdeutschlands“ als „Ziel“ der Ostpolitik bezeichnet und erklärt wird, daß sich die Bundesregierung „zu diesem Ziel“ und „ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen“ um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten bemühen solle. Obwohl also

die westdeutsche Ostpolitik keineswegs mit der Bonner „Deutschlandpolitik“ identisch ist, sondern weit über diese hinausgehende Zielsetzungen gegen alle sozialistischen Staaten Europas enthält, wird sie – entsprechend der zuvor erwähnten These der Bundesregierung, daß alle Außenpolitik letztlich „Wiedervereinigungspolitik“ sei³² – der westdeutschen „Deutschlandpolitik“ in dem Sinne ein- und untergeordnet, daß sie zunächst dem Angriff auf die Existenz der DDR dienen, aber eben dadurch den Angriff auf die anderen sozialistischen Länder vorbereiten und erleichtern soll. Es ist deshalb kein Zufall, sondern entspricht diesem spezifischen Inhalt der Bonner Ostpolitik, daß alle diesbezüglichen offiziellen westdeutschen Formulierungen von diesem Zusammenhang mit der Bonner annexionistischen „Wiedervereinigungs“-Konzeption ausgehen. Man kann diese Politik daher nur dann in ihrem – gerade hierin gegenüber der Ostpolitik anderer imperialistischer Staaten besondere Züge aufweisenden – Wesen erfassen, wenn man sie von ihrer speziellen Stoßrichtung gegen die DDR her analysiert und von ihr ausgehend ihre Zielsetzungen gegen die anderen sozialistischen Länder Europas untersucht.

Einer solchen Analyse des Inhalts, der Ziele und Methoden der westdeutschen Ostpolitik müssen vor allem die politischen Leitsätze zugrunde gelegt werden, die die Bundesregierung selbst offiziell für sie aufgestellt hat.

1. Die Stoßrichtung der Bonner Ostpolitik gegen die Existenz der DDR und den Status quo in Europa

Die unverrückbare und seitens der westdeutschen Regierung ausdrücklich als unabdingbar erklärte Grundlage auch ihrer „neuen“ Ostpolitik ist die Aufrechterhaltung der Thesen, daß Deutschland völkerrechtlich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbestehe, daß die Regelung der Grenzfragen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland aufgeschoben sei und daß die Bundesrepublik der einzige völkerrechtlich existierende deutsche

³² Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 109, S. 861 ff. (S. 862).

Staat sei, dessen Regierung daher allein das Recht habe, das ganze deutsche Volk international zu vertreten. Die westdeutsche Regierung hat sowohl in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag am 10. November 1965³³ als auch in ihrer „Friedensnote“ vom 25. März 1966³⁴ völlig eindeutig erklärt, daß sie eine Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten nur im Rahmen der Aufrechterhaltung dieser Grundpositionen und unter ihrer ausdrücklichen Bestätigung erstrebe und für möglich erachte. Nichts anderes meinte im Kern der Sache auch der neue Bundesaußenminister Brandt, wenn er in einem Interview mit dem westdeutschen Fernsehen am 8. Dezember 1966 erklärte, er sei für eine Normalisierung der westdeutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten „dort, wo dies nicht mit unzumutbaren Bedingungen oder Voraussetzungen verbunden ist“³⁵. Diese Ausgangsposition der Bundesregierung für ihre Ostpolitik besagt im einzelnen:

- a) Die DDR wird ausdrücklich aus der „neuen“ Ostpolitik ausgeklammert. Der ehemalige Bundeskanzler Erhard erklärte zum Beispiel am 9. April 1966 wörtlich: „Es gibt keine zwei deutschen Staaten, die ein völkerrechtlich bindendes Abkommen miteinander schließen können.“³⁶ Auch der frühere Außenminister Schröder betonte das in seinem schon erwähnten grundsätzlichen Aufsatz zur westdeutschen Ostpolitik in „Foreign Affairs“, indem er sich dort um den Nachweis bemühte, daß in der DDR die von ihm in anderen sozialistischen Ländern gesehenen angeblichen „günstigen Bedingungen“ für eine Realisierung der westdeutschen Ostpolitik nicht gegeben seien.³⁷ Die „Friedensnote“ vom 25. März 1966 brachte diesen Grundsatz Bonns eindeutig dadurch zum Ausdruck, daß sie die DDR aus dem Kreis der Staaten ausschloß, denen gegenüber die Bundesregierung die Bereitschaft zum Austausch von „Gewaltverzichtserklärungen“ bekundete.³⁸ Der neue Bundeskanzler Kiesinger betonte in einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ vom 5. Dezember

1966 mit allem Nachdruck: „Aber dabei muß sorgfältig darauf geachtet werden, daß nichts geschieht, was völkerrechtlich oder faktisch in der Weltmeinung den Eindruck erwecken könnte, daß wir von unserem Standpunkt, daß es nur einen legitimen deutschen Staat gibt, abrücken würden.“³⁹ Dementsprechend wiederholte er auch in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 das die Deutsche Demokratische Republik ausklammernde sogenannte Gewaltverzichtsangebot an die anderen sozialistischen Staaten aus der Note vom 25. März 1966, wobei er – offenbar um den durch den Ausschluß der DDR aus diesem „Gewaltverzicht“ hervorgerufenen schlechten Eindruck zu verwischen – den jede konkrete Aussage vermeidenden und keinerlei Garantie für die Sicherheit der DDR enthaltenden Satz hinzufügte, die Bundesregierung sei bereit, „das ungelöste Problem der deutschen Teilung in dieses Angebot einzubeziehen“⁴⁰.

Das heißt, ein Wesenselement der „neuen“ Ostpolitik ist die ausdrückliche Aufrechterhaltung der alten Bonner Konzeption von der „Befreiung“ der DDR, ihrer Liquidierung als sozialistischen Staat und ihrer Eingliederung in die Bundesrepublik. Nichts anderes besagt auch die von der westdeutschen Regierung immer wieder angeführte Bundestagsentschließung vom 14. Juni 1961, wenn sie – im Sinne der bekannten Bonner Terminologie – als „Ziel“ der Ostpolitik „die Wiederherstellung eines freien Gesamtdeutschlands“ bezeichnet⁴¹ und dementsprechend Schröder in seinem Aufsatz in „Foreign Affairs“ die Forderung nach „Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in ganz Deutschland“ zu einer unabdingbaren Grundlage einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen erklärte.⁴²

Selbstverständlich ist man sich auch in Bonn darüber im klaren, daß eine solche Ausklammerung der Deutschen Demokratischen Republik aus einer angeblich gewünschten Normalisierung der Beziehungen zu den anderen sozialistischen Staaten Europas nur denkbar ist, wenn die DDR von ihren sozialistischen Bruderländern isoliert und das Warschauer Bündnis mindestens inso-

³³ Vgl. a. a. O., 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff.

³⁴ Vgl. a. a. O., 1966, Nr. 42, vom 26. 3. 1966, S. 329 f.

³⁵ Interview im II. Programm des westdeutschen Fernsehens am 8. 12. 1966.

³⁶ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 49, vom 13. 4. 1966, S. 305.

³⁷ A. a. O., 1965, Nr. 155, vom 21. 9. 1965, S. 1253.

³⁸ A. a. O., 1966, Nr. 42, vom 26. 3. 1966, S. 329 ff. (S. 330/331).

³⁹ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 154, vom 7. 12. 1966, S. 1239.

⁴⁰ Die Welt vom 14. 12. 1966, S. 6.

⁴¹ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1446).

⁴² Vgl. a. a. O., 1965, Nr. 155, vom 21. 9. 1965, S. 1253 ff. (S. 1254).

fern aufgelöst würde. Mit aller Offenheit wird daher die Isolierung der DDR als ein grundlegendes Ziel der westdeutschen Ostpolitik verkündet, wobei man den anderen sozialistischen Staaten, deren Vertrauen man angeblich gewinnen will, zumutet, nicht nur ihre Bündnisverpflichtungen und die Grundlagen ihrer gemeinsamen Politik, den sozialistischen Internationalismus, sondern auch ihre wohlverstandenen eigenen Sicherheitsinteressen gegen den angeblichen „Preis“ einer Bonner Anerkennung der längst endgültig festgelegten und daher überhaupt nicht mehr diskutierbaren Oder-Neiße-Grenze oder gegen ökonomische Angebote zu verkaufen. So erklärte Schröder in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ im November 1965 unverhohlen: „Den osteuropäischen Staaten muß die Wiedervereinigung (d. h. im Sinne der Bonner Konzeption – H. Kr.) erstrebenswert gemacht werden. Das ist der politische Grund (! – H. Kr.) unserer Forderung, daß die Grenzfrage nur in einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung geregelt werden darf. Daraus ergibt sich, daß wir unsere Position in bezug auf die deutschen Ostgebiete ohne Beziehung zum Wiedervereinigungskomplex weder preisgeben noch schwächen dürfen.“⁴³

In der „Friedensnote“ wird der polnischen Regierung in geradezu beleidigender Form vorgeworfen, daß sie – was doch nur Ausdruck ihrer ehrlichen Koexistenzpolitik ist – „zwar . . . an einem regeren (west-) deutsch-polnischen Handel interessiert“ sei, aber gleichzeitig durch ihre festen, freundschaftlichen Beziehungen zur DDR und ihre Forderung nach endlicher Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze die „Verständigung“ und die „Kontakte“ mit der Bundesrepublik erschwere.⁴⁴ Noch offener ist in dieser Frage der außenpolitische Experte der CDU/CSU, der Bundestagsabgeordnete Ernst Majonica, der in seinem Buch „Deutsche Außenpolitik“ schreibt: „Wir müssen alles unternehmen, um eine Interessengleichheit zwischen der Zone und den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verhindern. Ja, es wäre schon ein Fortschritt gegenüber der gegenwärtigen Lage, wenn sich diese Länder in der deutschen Frage neutral verhielten.“⁴⁵ Und das Blatt

⁴³ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1965, Nr. 182, vom 19. 11. 1965, S. 1469 ff. (S. 1471).

⁴⁴ Vgl. a. a. O., 1966, Nr. 42, vom 26. 3. 1966, S. 329.

⁴⁵ Majonica, Deutsche Außenpolitik, Stuttgart 1965, S. 188.

der westdeutschen Monopole, das „Handelsblatt“, bescheinigt der westdeutschen Regierung Anfang Dezember 1966 ausdrücklich den „reizvollen“ Versuch, „dank bestehender direkter Kontakte (nämlich zu anderen sozialistischen Staaten – H. Kr.) die DDR ausmanövrieren zu wollen.“⁴⁶ Diese vorrangige Zielstellung der Bonner Ostpolitik bestätigen die neue Bundesregierung Kiesinger-Strauß und die hinter ihr stehende westdeutsche Presse gerade gegenwärtig nachdrücklich durch ihre Entrüstungs- und Wutausbrüche über die klaren und von zwingender Logik getragenen Vorschläge Walter Ulbrichts in seiner Neujahrsansprache 1967, insbesondere über seine Feststellung, daß der allererste und unvermeidliche Schritt für ein friedliches Neben- und Miteinanderleben der beiden deutschen Staaten und für die Gewährleistung einer stabilen Sicherheit in Europa darin bestehen muß, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten eine Vereinbarung über die Aufnahme normaler Beziehungen zueinander treffen.

Das primäre Ziel der „neuen“ Bonner Ostpolitik ist also unverändert, den von Anbeginn an verfolgten ersten Schritt der Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus zu erreichen: die Ausdehnung seines Machtbereiches auf die DDR (und selbstverständlich Westberlin)⁴⁷. Erst auf dieser Grundlage ist man bereit, über die Oder-Neiße-Grenze – wohlgerne – zu „verhandeln“, obwohl diese zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen bestehende Grenze überhaupt nicht in die Bonner Kompetenzen fällt. Mit anderen Worten: Es geht um die Gewinnung einer Position der Stärke für solche „Verhandlungen“.

Diese Konzeption schließt in sich ein die Ausgliederung des Potentials der DDR aus dem Warschauer Vertragssystem und dem System des RGW und seine Eingliederung in die ökonomischen und militärischen Ressourcen des westdeutschen Imperialismus, also eine nicht unwesentliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa. Sie schließt ein die Verschiebung der strategischen Ausgangspositionen des Imperialismus zunächst bis an die Oder-Neiße-Grenze. Sie bindet folglich die angebliche Bereitschaft Bonns zu „gutnachbarlichen“ Beziehungen zu den ost-

⁴⁶ Vgl. H. G. Otto, „Der Ruf nach ‚aktiver Ostpolitik‘“, Handelsblatt vom 2./3. 12. 1966, S. 21.

⁴⁷ Vgl. dazu Regierungserklärung vom 13. 12. 1966 in: Die Welt vom 14. 12. 1966, S. 7.

europäischen Staaten an deren Verzicht auf wesentliche Sicherheitsinteressen des gesamten sozialistischen Lagers und jedes einzelnen sozialistischen Staates.

Das *erste Ziel* der „neuen“ Ostpolitik ist also die Einleitung des Angriffs auf das sozialistische Lager in Europa, statt durch den aussichtslos gewordenen direkten Frontalangriff auf die DDR durch einen politisch-ökonomischen Umgehungsangriff.

- b) Damit ist zugleich schon eine *zweite wesentliche Seite* der Bonner Ostpolitik angedeutet. Sie zielt durch das „Angebot“, die Beziehungen zu den anderen sozialistischen Staaten unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung der jeder völkerrechtlichen Grundlage entbehrenden westdeutschen Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze und des Besitzbestandes der Sowjetunion im Kalinin-Grader Gebiet zu normalisieren, darauf, daß diese Position durch die betroffenen Staaten selbst praktisch akzeptiert wird. Die gleichen Motive liegen der unverändert beibehaltenen Weigerung der westdeutschen Regierung zugrunde, sich eindeutig vom Münchener Abkommen von 1938 zu distanzieren und dessen Nichtigkeit vom Ursprung an anzuerkennen.⁴⁸

Das heißt, die angeblich der Entspannung und Festigung der europäischen Sicherheit dienende „neue“ Ostpolitik erstrebt gerade eine Sanktionierung der entscheidenden Unsicherheitsfaktoren in Europa, die in der Nichtanerkennung des europäischen Status quo, das heißt insbesondere der DDR und der in Europa bestehenden Grenzen durch die Bundesrepublik, begründet liegen. Sie gründet sich auf die – wenn auch absolut illusionäre – Erwartung, daß in Zukunft einmal günstigere Situationen für eine Realisierung der revanchistischen Gebietsansprüche des westdeutschen Imperialismus kommen könnten, und zielt auf die Gewinnung von Zeit hierfür. Sie richtet sich hierüber hinaus auf die perspektivische Planung einer generellen Zurückdrängung des Sozialismus in Europa und einer Wiederaufnahme der traditionellen Ostpolitik des deutschen Imperialismus.

Diese Absichten brachte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Rainer Barzel, Anfang 1965 mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, wenn er sagte: „Die Nichtanerkennung der Zone und der Oder-Neiße-Linie erfüllt eine europäische Funktion. Sie wirkt der End-

gültigkeit der Spaltung Europas entgegen, erinnert jedermann daran, daß in Europa noch kein Frieden ist und gibt Hoffnung auf eine freiheitlichere Zukunft. Viele Millionen Europäer in Warschau und Prag, in Budapest, Bukarest und Sofia hoffen auf Wiedererlangung der Freiheit vorwiegend auch, weil wir Deutschen uns mit den von den Kommunisten gegen uns geschaffenen Tatsachen nicht abfinden . . . Solange wir Selbstbestimmung für alle Deutschen wollen und der Westen das sichtbar unterstützt, solange gründen diese Europäer einen Teil ihrer Hoffnungen auf diese westliche Dynamik wider den Status quo in Mitteleuropa.“⁴⁹ Es geht also auch in diesem Punkt um das alte strategische Ziel eines Roll-back des Sozialismus in Europa. Allerdings ist unter dem Druck der realen Machtverhältnisse und unter dem Einfluß der oben dargelegten veränderten strategischen Planung der USA aus dem einstigen Nahziel eine langfristige Zielstellung geworden.

2. Die Stoßrichtung der Bonner Ostpolitik gegen die Einheit des sozialistischen Lagers

Diese Veränderung drückt sich auch unmittelbar in dem *Wandel der Methoden* aus, mit denen dieses Fernziel und auch gewisse Etappenziele erreicht werden sollen, und die darin bestehen, die Einheit der sozialistischen Staaten aufzulockern und insbesondere einzelne sozialistische Länder von der gemeinsamen Linie ihrer Politik in allen grundsätzlichen Fragen schrittweise abzudrängen. Auch hinsichtlich dieser Stoßrichtung gegen das ganze sozialistische Lager in Europa ist genau wie bei der Stoßrichtung gegen die DDR unter dem Eindruck des realen Kräfteverhältnisses an die Stelle der unmittelbaren militärischen Aktion oder der direkten Einmischung zur Herbeiführung konterrevolutionärer Aktionen vor allem eine auf längere Fristen berechnete politisch-ökonomisch-ideologische Aufweichtaktik getreten. Dabei hat diese Methodik sowohl außen- als auch innenpolitische Aspekte.

Zunächst geht man in Bonn im Hinblick auf die Aktivierung der „neuen“ Ostpolitik von einer *differenzierenden Auswahl* unter den

⁴⁸ Vgl. ebenda.

⁴⁹ Die Welt vom 31. 1. 1965.

sozialistischen Ländern aus. Offiziell schiebt man dabei gerne die Frage in den Vordergrund, daß derartige Bemühungen der Bundesrepublik erklärlicherweise bei den Staaten beginnen müßten, denen gegenüber es keine – wie man in Bonn sagt – „Grenzprobleme“ gäbe.⁵⁰ Dieses „Selektionskriterium“ ist einmal schon objektiv sehr fragwürdig, weil sich *alle* Staaten des Warschauer Vertrages in ihrer Bukarester „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ nochmals eindeutig zu dem Grundsatz bekannt haben, daß „die Frage der Grenzen in Europa . . . endgültig und unwiderruflich entschieden“ ist und daß die Unverletzlichkeit aller ihrer Grenzen unter dem Schutz ihres Bündnisses steht.⁵¹ Zum anderen zeigen aber auch mannigfache offizielle Äußerungen verantwortlicher westdeutscher Politiker, daß sie in Wirklichkeit ein anderes Auswahlprinzip im Auge haben, das darauf zielt, die volksdemokratischen Staaten gegen die Sowjetunion auszuspielen, unterschiedliche Meinungen in Einzelfragen auszunutzen und noch nicht völlig überwundene nationalistische Tendenzen neu zu beleben, um so zu versuchen, Keile in das sozialistische Lager zu treiben. Der frühere Außenminister Schröder sprach offen aus, daß er seine „Hoffnungen“ darauf setze, daß die sozialistischen Staaten beginnen könnten, „Eigenarten und Interessen in ihre Überlegungen einzubeziehen und bei innen- und außenpolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen“, auch wenn sie damit von den Interessen anderer sozialistischer Staaten bzw. des ganzen sozialistischen Lagers „abweichen oder gar mit ihnen kollidieren“ sollten.⁵² Ernst Majonica schreibt in diesem Zusammenhang ganz eindeutig: „Die notwendige Lösung scheint mir . . . nur über den Weg des Ansprechens des nationalen Egoismus denkbar zu sein.“⁵³ Das „Handelsblatt“ aber läßt die Katze vollends aus dem Sack, wenn es in andere Staaten und Regierungen geradezu beleidigender Weise feststellt, daß sich die Bonner „Kontakt“-Bemühungen „zunächst . . . auf den anscheinend weicheren Kreis des kommunistischen Staatenverbandes“ konzentrieren sollten.⁵⁴

Hier wird klar, daß es den Verfechtern der Bonner „neuen“ Ost-

50 Vgl. z. B. den früheren Bundesaußenminister Schröder in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“ vom 28. 9. 1965.

51 Vgl. Neues Deutschland vom 9. 7. 1966.

52 Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1965, Nr. 155, vom 21. 9. 1965, S. 1253.

53 E. Majonica, a. a. O., S. 177.

54 Handelsblatt vom 2./3. 12. 1966, S. 21.

politik nicht nur – als erstes und vorrangiges Ziel – um die Isolierung und „Sturmreifmachung“ der Deutschen Demokratischen Republik, sondern darüber hinaus um den prinzipiellen Angriff gegen die Einheit des sozialistischen Lagers, um seine Aufsplitterung und schrittweise Unterhöhnung und allmähliche Aufrollung geht.

Gewiß haben die Beschlüsse der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Länder des Warschauer Vertrages und die erreichten Fortschritte in der Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der RGW-Staaten diesen Bonner Spekulationen einen weiteren schweren Schlag versetzt. Aber es wäre völlig falsch anzunehmen, daß der westdeutsche Imperialismus deshalb von diesem Wege abgehen würde. Im Gegenteil, es ist deutlich zu erkennen, daß Bonn eifrig bemüht ist, innerhalb des sozialistischen Lagers Ansatzpunkte für seine Differenzierungs- und Spaltungsversuche zu finden, deren gegen das ganze sozialistische Lager gerichtete Stoßrichtung Ernst Majonica in seiner Diktion unmißverständlich mit den Worten formulierte: „Die Politik einer Stärkung der Unabhängigkeit der mittel- und osteuropäischen Staaten richtet sich im Grunde genommen nicht gegen die nationalen Interessen der Sowjetunion, sie richtet sich gegen Moskau als Zentrum . . . (der) kommunistischen Weltbewegung.“⁵⁵

Als die Hauptmethode der westdeutschen Bestrebungen nach einer Praktizierung dieser Aufspaltungspolitik gegenüber dem sozialistischen Lager in Europa zeichnet sich gegenwärtig vor allem die Tendenz ab, die bedeutenden ökonomischen und technischen Möglichkeiten der Bundesrepublik in den Dienst dieser Absichten zu stellen. Die Bundesregierung folgt damit einer Linie, die schon der Errichtung von Handelsvertretungen in einigen volksdemokratischen Ländern seit dem Herbst 1963 zugrunde lag und die der damalige Außenminister Schröder dahin formulierte, daß die westdeutsche Regierung „ihren spezifischen Beitrag zur Annäherung an Osteuropa vorerst am besten in den wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen leisten (könne), an denen die osteuropäischen Staaten sehr interessiert sind“⁵⁶.

Die Bonner Aktivität zur Herstellung bilateraler, vornehmlich wirtschaftlicher Kontakte zu einzelnen sozialistischen Staaten tritt in

55 E. Majonica, „Handelsmissionen – ein erster Schritt“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 2. 1965.

56 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 155, S. 1253 ff. (S. 1255).

besonderem Maße in Erscheinung, nachdem sich nach eigenem Bonner Eingeständnis die Versuche als absolut aussichtslos erwiesen haben, mit fadenscheinigen, am Kern der Dinge vorbeigehenden Versprechungen oder Deklamationen zu den Grenzfragen oder auf Kosten der Beziehungen der anderen sozialistischen Staaten zur Deutschen Demokratischen Republik irgendwelche Erfolge hinsichtlich einer Schwächung des Bündnisses oder der grundsätzlichen politischen Einigkeit des sozialistischen Lagers, insbesondere hinsichtlich einer Isolierung der DDR, zu erreichen. Bis zu welchen geradezu grotesken Fehleinschätzungen der Haltung der sozialistischen Staaten sich die westdeutsche Politik hierbei versteigt, zeigt der keineswegs — wie behauptet wurde — im „Alleingang“ vorgenommene, sondern vielmehr in höchst offiziellem Auftrag durchgeführte Abtastversuch des Herrn Barzel gegenüber der Sowjetunion, ihr als „Kaufpreis“ für die DDR die Gewährleistung ihres jetzigen Handelsvolumens mit beiden deutschen Staaten für weitere 20 Jahre und bei jährlicher fünfprozentiger Steigerung, den Verbleib sowjetischer Truppen im östlichen Teil eines nach dem Bonner Rezept „wiedervereinigten“ Deutschlands und die Wiederherstellung der Legalität der KPD anzubieten.⁵⁷

Die mehr oder weniger offen bekundeten westdeutschen Bestrebungen, unter Ausnutzung der großen ökonomischen Potenzen der Bundesrepublik Einfluß auf die politische Haltung sozialistischer Länder zu gewinnen, versuchen, an das gerade jüngst wieder in der Bukarester „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ klar zum Ausdruck gebrachte aufrichtige Interesse aller sozialistischen Staaten an einer Entwicklung normaler, gleichberechtigter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern anzuknüpfen. Statt aber diese Beziehungen zu einem wesentlichen Element der Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen diesen Staaten zu gestalten, beabsichtigt man in Bonn, sie als ein Instrument der Gewinnung wirtschaftlichen Einflusses in sozialistischen Ländern und der Einwirkung auf deren politische Willensbildung zu mißbrauchen, wie es zum Beispiel von Majonica in seinem oben erwähnten Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ganz offen zugegeben wird⁵⁸ und wie selbst der frühere Bundesaußenminister Schröder

mehrfach unmißverständlich durchblicken ließ.⁵⁹ Es ist doch außerordentlich aufschlußreich, daß die westdeutsche Regierung, nachdem sie sich seit eh und je allen Vorschlägen und Initiativen der sozialistischen Staaten zur Herstellung normaler, dem beiderseitigen Nutzen dienender Beziehungen zwischen ihnen und der Bundesrepublik auch auf wirtschaftlichem Gebiet verschlossen hat, jetzt im Rahmen ihrer „neuen“ Ostpolitik plötzlich mit wirtschaftlichen Angeboten an diese Länder herantritt und sich für ausgedehnte Handelsbeziehungen mit ihnen einsetzt. Ausgerechnet der hinlänglich bekannte Revanchistenführer Wenzel Jaksch entwickelte den Plan, den osteuropäischen Staaten einen Kredit von 30 Milliarden Mark zu gewähren — natürlich unter ausdrücklichem Ausschluß der DDR.⁶⁰ Und im März 1965 entschloß sich die Bundesregierung plötzlich zu einer gewissen Aufgabe ihrer Diskriminierungspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern und stimmte der Übernahme staatlicher Garantien für Kredite an diese Staaten zu.⁶¹ Dieser „Sinneswandel“ war keineswegs ein Zufall, sondern ihm lagen die gleichen Ursachen zugrunde, die für den Übergang zur „neuen“ Ostpolitik überhaupt bestimmend waren, nämlich das veränderte Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt, das dazu zwang, die direkte Angriffsstrategie gegen den Sozialismus durch eine indirekte Methode zu ersetzen.

Die sozialistischen Länder werden entsprechend den Grundprinzipien ihrer Politik immer für die Entfaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Ländern — auch mit der westdeutschen Bundesrepublik — auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und ohne jegliche Diskriminierung eintreten. Wenn Bonn derartige Beziehungen will, werden die sozialistischen Staaten das nur begrüßen. Sie werden sich allerdings gegen alle Versuche wehren, sie in ökonomische Abhängigkeit zu bringen oder sie mit wirtschaftlichen Methoden ihrer politischen Willensfreiheit zu berauben und zu erpressen.

Die dargelegte gegenwärtige Gesamtkonzeption der westdeutschen Ostpolitik zwingt aber zu der Schlußfolgerung, daß gerade solche Ziele mit bestimmten differenzierten ökonomischen Angeboten an

⁵⁹ Vgl. z. B. Interview mit „Die Entscheidung“ in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1964, Nr. 137, vom 8. 9. 1964, S. 1280 ff.

⁶⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 2. 1965.

⁶¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 3. 1965.

⁵⁷ Vgl. Rede in Washington in: Die Welt vom 16./17. 6. 1966.

⁵⁸ E. Majonica in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 2. 1965.

*Art bilateraler Wege der Zusammenarbeit
wird, die ebenfalls von Staaten übernommen
wird. Mein Botschafter wird allen von Staaten*

einzelne sozialistische Länder verfolgt werden. Diese Absichten finden ihren Niederschlag auch darin, daß man in Bonn für die Entwicklung der angeblich angestrebten „gutnachbarlichen“ Beziehungen zu den sozialistischen Staaten Europas ausschließlich die Form bilateraler Verträge – sowohl in wirtschaftlichen und kulturellen als auch in politischen Fragen – für geeignet hält und sich zugleich allen Schritten zu einer Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu *allen* diesen Staaten, wie zum Beispiel durch einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und den Mitgliedsländern des Warschauer Vertrages, durch einen generellen Gewaltverzicht, durch einen kollektiven Sicherheitsvertrag und dergleichen mehr, entschieden widersetzt.

Es geht bei den westdeutschen Bemühungen; zu differenzierteren zweiseitigen Abmachungen insbesondere wirtschaftlicher Art mit einzelnen sozialistischen Ländern zu gelangen, offensichtlich um folgende Hauptziele:

Die große ökonomische Kraft der Bundesrepublik mit allen ihren Möglichkeiten soll gegenüber dem *einzelnen* sozialistischen Land zur Gewinnung *politischer* Vorteile für die Bundesrepublik eingesetzt werden. Schröder selbst erklärte, nachdem er zunächst – im Widerspruch zur Wahrheit – den Osthandel als vom Standpunkt der Bundesregierung „wirtschaftlich wenig reizvoll“ bezeichnete, höchst vielsagend: „Der Osthandel bringt uns allerdings auch erhebliche Vorteile. Sich mit diesen Vorteilen in der Öffentlichkeit zu brüsten, verbietet die politische Klugheit.“⁶²

Als solche politischen Vorteile erstrebt Bonn insbesondere die Aufgabe bestimmter gemeinsamer Standpunkte des sozialistischen Lagers durch ein von Westdeutschland ökonomisch begünstigtes Land. Dabei zielt diese Politik gegenwärtig vor allem auf die Duldung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik, auf die Aufgabe des Widerstandes gegen die Bonner „Wiedervereinigungs“-Konzeption und gegen die nuklearen Bestrebungen Westdeutschlands.

Damit aber richtet sich diese Politik zugleich darauf, durch die Herbeiführung von unterschiedlichen Haltungen der sozialistischen Staaten in Grundfragen der internationalen Politik die Einheit und Geschlossenheit der Staaten des Warschauer Vertrages zu schwächen.

62 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1964, Nr. 137, vom 8. 9. 1964, S. 1280 ff.

*Konzeption der Zusammenarbeit
Johannides*

Das aber soll nach den Bonner Plänen in erster Linie gerade eine Schwächung der internationalen Positionen desjenigen Landes bewirken, das sich unter dem Einfluß der westdeutschen Ostpolitik zu einer solchen isolierten Haltung in dieser oder jener Frage verleiten ließe und sich so selbst weiteren und weitergehenden Einwirkungsversuchen des westdeutschen Imperialismus aussetzte.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses wirtschaftlichen Instrumentariums der westdeutschen „neuen“ Ostpolitik und ein spezifisches Mittel zu ihrer Realisierung sind die intensiven Bemühungen der Bundesrepublik um eine „*Koordinierung insbesondere der Osthandelspolitik der westeuropäischen Staaten*“, die nachdrücklich in der Regierungserklärung vom 10. November 1965 gefordert wurde.⁶³

Mit ihr erstrebt die Bundesregierung ganz offen eine Unterordnung der Ostpolitik der anderen westeuropäischen Staaten unter die Bonner Konzeption und dadurch die Sicherung ihrer höheren Effektivität gegenüber den sozialistischen Ländern.

Gerade diese Bemühungen Bonns um ein „koordiniertes“ Handeln der westeuropäischen Staaten gegenüber den sozialistischen Ländern machen außerordentlich deutlich, warum man umgekehrt den sozialistischen Staaten so nachdrücklich ein „selbständiges“ Auftreten empfiehlt und an ihre „individuellen“ Interessen appelliert. Damit wird besonders die Notwendigkeit deutlich, daß die sozialistischen Länder ihre Haltung zur Bonner Ostpolitik und ihre Reaktionen auf diese ständig miteinander abstimmen.

Es ist hier nicht der Raum, um im einzelnen darzustellen, wie von westdeutscher Seite in ähnlicher Weise, wie das mit ökonomischen Mitteln geschieht, auch versucht wird, die gute Sache einer Pflege und eines Ausbaus *kultureller Kontakte* und des kulturellen Austausches zwischen den Staaten und Völkern für Zwecke der Aufspaltung des sozialistischen Lagers und der ideologischen Einflußnahme in einzelnen sozialistischen Ländern zu mißbrauchen. Auf diese vor allem der ideologischen Zersetzung dienende Methode, die für Bonn obendrein noch den Vorteil hat, billiger zu sein als Kreditgewährungen und ähnliche wirtschaftliche Beeinflussungs- oder Erpressungsversuche, wird im anderen Zusammenhang noch zurückzukommen sein.

Die Methode der vorrangigen Entwicklung bilateraler wirtschaft-

63 Vgl. a. a. O., 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1445.

licher und kultureller Beziehungen zu einzelnen sozialistischen Ländern verfolgt weiter den Zweck, einmal Bonn in gewisser Weise aus den selbstgeschaffenen Fesseln der Hallstein-Doktrin zu befreien und zum anderen zu versuchen, sozialistische Länder in verschlei-erter Weise zu einer indirekten Anerkennung des Alleinvertr-ungsanspruchs zu veranlassen.

Es ist bekanntlich bis in die westdeutsche Regierung hinein lange sehr umstritten gewesen und wird von einigen CDU-Politikern noch heute angezweifelt, ob die Bundesrepublik es sich leisten könne, zu volksdemokratischen Staaten, die in engen freundschaftlichen und Bündnisbindungen zur Deutschen Demokratischen Republik stehen, normale diplomatische Beziehungen herzustellen, ohne der Hallstein-Doktrin damit auch den letzten internationalen Kredit zu nehmen und sie völlig preiszugeben. Aus diesen Erwägungen heraus war Bonn bisher bestrebt, die für die Durchsetzung der Ziele der Ostpolitik notwendigen Kontakte zu sozialistischen Ländern offiziell unterhalb der Schwelle voller zwischenstaatlicher Beziehungen zu halten, wie das zum Beispiel mit dem Austausch von Handelsvertretungen mit einigen dieser Staaten der Fall ist, aber gleichzeitig zu versuchen, Schritt um Schritt diese Handelsvertretungen mit politischen Kompetenzen und Funktionen auszustatten.

Es ist klar, daß derartige Manöver, die einige sozialistische Länder, in denen sie versucht wurden, sehr schnell durchschauten und durchkreuzten, es der Bundesrepublik ermöglichen würden, ein bestimmtes Teilziel ihrer Ostpolitik zu erreichen, nämlich eine Art Duldung des Alleinvertr-ungsanspruchs mit allen seinen Konsequenzen zu erzielen. Das aber würde keineswegs nur die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik verletzen, sondern vielmehr zugleich das gemeinsame Interesse aller sozialistischer Staaten und das gesamteuropäische Sicherheitsinteresse daran, die Bundesrepublik zur Aufgabe dieser rechtswidrigen, expansionistischen und interventionistischen Anmaßung zu veranlassen und damit einen Schritt zu einer echten Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West zu tun, der nur durch die Herstellung gleichberechtigter zwischenstaatlicher Beziehungen zu allen sozialistischen Staaten, einschließlich der DDR, auf der Basis des Völkerrechts möglich ist und der den Interessen aller europäischen Staaten entsprechen würde.

3. Die Stoßrichtung der Bonner Ostpolitik gegen die innere Ordnung der sozialistischen Staaten

In der gegenwärtigen vorrangigen Orientierung der westdeutschen Ostpolitik auf differenzierte bilaterale Abmachungen mit einzelnen sozialistischen Staaten, insbesondere auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, drückt sich aber noch eine andere spezielle Zielsetzung der Bundesrepublik gegenüber diesen Staaten aus, die ebenfalls völlig den amerikanischen Empfehlungen entspricht, nämlich die Absicht, auf diesem Wege zunächst das eine oder andere sozialistische Land den politisch-ideologischen Einflüssen des Imperialismus zu öffnen, um so – wie das Brzezinski ausdrückte – „evolutionäre“⁶⁴, das heißt also konterrevolutionäre Entwicklungen zu initiieren und damit – langfristig – eine Beseitigung der sozialistischen Ordnung einzuleiten.

Auch diese Zielstellung wird in Bonn mehr oder weniger deutlich ausgesprochen. Denn wie anders soll man Schröders Äußerung verstehen, daß er hoffe, durch die westdeutsche „Anwesenheit“ in diesen Ländern „auf die Dauer ... das Bewußtsein gemeinsamer Interessen wecken zu können“, und daß auf diese Weise „die freie Welt ... die Völker des Warschauer Vertrages daran erinnern (wolle), daß auch sie zu Europa gehören“⁶⁵. Wie anders soll man Erhards „Leitbild“ von einem politisch, wirtschaftlich und militärisch „formierten“, „vereinten und großen Europa“ auffassen, das „neben den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion jene Geltung erlangen (müsse), die der geschichtlichen, geistigen und kulturellen Leistung seiner Völker entspricht“⁶⁶. Und was anderes verbirgt sich hinter Herrn Barzels Feststellung, daß einer Verständigung mit den Völkern Osteuropas nichts im Wege stünde, wenn sie nur „frei sprechen“ könnten?⁶⁷ Jeden Zweifel ausschließend und jede diplomati-

64 Zitiert nach: O. Winzer, Diskussionsrede auf der 13. Tagung des ZK der SED vom 15.–17. 9. 1966 in: Neues Deutschland vom 23. 9. 1966.

65 So in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1964, Nr. 137, vom 8. 9. 1964, S. 1280 ff. Dem Sinne nach ähnlich auch a. a. O., 1965, Nr. 155 vom 21. 9. 1965, S. 1253 ff. (S. 1256).

66 So in der Regierungserklärung vom 10. 11. 1965, a. a. O., 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1447).

67 So in der 137./138. Sitzung des Bundestages vom 13./15. 10. 1964, zit. nach: Das Parlament, 1964, Nr. 44, vom 28. 10. 1964, S. 216 f.

sche Verhüllung fallen lassend, hat diese Seite der Bonner Ostpolitik der CSU-Außenpolitiker und Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg in seinem Buch „Wenn der Westen will“ mit den Worten formuliert: „Unser Ziel ist die Durchsetzung der Freiheit. Der Verantwortungsbereich der deutschen Politik geht daher über die Grenzen Deutschlands hinaus. Deutschland trägt Verantwortung in und für Europa. Ich zögere nicht zu sagen, daß es eine deutsche Mitverantwortung auch für Osteuropa gibt. ... Niemand soll glauben, daß sich die deutsche Freiheit ohne grundlegende Änderung der Verhältnisse in Osteuropa wiederherstellen ließe.“⁶⁸

Das heißt, die „neue“ Ostpolitik der Bundesrepublik hat neben ihrer Stoßrichtung auf eine Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses in Europa (und damit in der Welt) durch die Liquidierung der DDR, durch die Wiederherstellung eines imperialistischen Deutschlands in den Grenzen von 1937 und darüber hinaus, durch die Erringung einer wirtschaftlichen und militärischen Vormachtstellung dieses eng mit den USA verbundenen imperialistischen Deutschlands in ganz West- und Mitteleuropa sowie durch die Schwächung der Einheit des sozialistischen Lagers und damit der Schlagkraft des Warschauer Vertrages auch eine ganz spezielle interventionistische, gegen die innere Ordnung der sozialistischen Staaten gerichtete Stoßrichtung, die auf die Vorbereitung des Exports der Konterrevolution zielt.

Gerade unter diesem Aspekt bedürfen die Bonner Initiativen zu einer Intensivierung besonders der „kulturellen“ Kontakte mit einzelnen sozialistischen Ländern einer sehr aufmerksamen Beobachtung und Analyse. Es ist kein Geheimnis, daß die westdeutsche Bundesrepublik im Zeichen einer angeblichen Entfaltung „kultureller“ Beziehungen zu sozialistischen Ländern unter Einsatz nicht unerheblicher finanzieller Mittel vielfache Methoden ideologischer Einwirkungsversuche auf die sozialistischen Länder und ihre Bevölkerung, insbesondere auf die Intelligenz und die Jugend, entwickelt. Hier kann nicht die ganze Skala derartiger Maßnahmen dargestellt werden, die von westdeutscher Seite im Rahmen der Bonner Ostpolitik in erster Linie mit dem Ziel der ideologischen Diversion durchgeführt werden und die von der Literatur- und Zeitungseinfuhr in sozialistische Länder, über den Wissenschaftler- und Studen-

68 K. Th. von Guttenberg, Wenn der Westen will, Stuttgart 1964, S. 216 f.

tenaustausch bis zum Export dekadenter bürgerlicher Kunstauffassungen und zersetzender Moralbegriffe reichen. Es kennzeichnet diese ideologische Aufweichungstaktik, aber auch die wachsende Wachsamkeit der sozialistischen Länder gerade ihr gegenüber, wenn der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPC und Staatspräsident der ČSSR, Antonin Novotny, es kürzlich für notwendig erachtete, in seiner Rede vor Absolventen der Militärhochschule zu betonen:

„... Wenn wir von der Verteidigung des Landes sprechen, so denken wir nicht nur an die militärische Verteidigung. In der gegenwärtigen internationalen Situation geht es auch um eine andere Kampffront, die auf ideologischem Gebiete liegt. Das ist eine sehr umfangreiche Front, und dabei werden als Waffen alle möglichen Formen und Methoden angewandt, die auf die Denkungsweise der Menschen einen Einfluß ausüben. Wie wichtig sie ist, beweisen die ungeheuren finanziellen Mittel, die ihr in den Budgets der kapitalistischen Staaten gewidmet werden.

Deshalb müssen wir, wenn wir von der Sicherung der Verteidigung unseres Landes sprechen, auch diese ideologische Front sehen und unsere Aufmerksamkeit auf sie orientieren. Beide Abschnitte der Verteidigung hängen miteinander zusammen, und man muß auf beiden Abschnitten kämpfen. Wir haben es mit einer ideologischen Diversion gegen die sozialistischen Länder zu tun, in der Lüge, Betrug und bürgerliche Moral eine wichtige Rolle spielen. Es geht jedoch nicht nur um die äußere Einwirkung mit Hilfe von Rundfunkstationen, sondern es geht auch um die innere Einwirkung im Leben der sozialistischen Gesellschaft selbst.“⁶⁹

So stellt sich die westdeutsche Ostpolitik auch als ein Instrument des konterrevolutionären Angriffs auf die innere Ordnung und die politische Integrität aller sozialistischen Staaten Europas und damit als ein Instrument einer indirekten, auch von innen geführten Aggression gegen das ganze sozialistische Lager dar. Gerade auch aus dieser ihrer Zielsetzung heraus ist es erforderlich, daß die sozialistischen Länder derartige konterrevolutionäre, interventionistischen Zwecken dienende Aktionen koordiniert abwehren und zugleich ihre konsequenten Bemühungen um die Herstellung aufrichtiger Beziehungen der friedlichen Koexistenz und einer für beide Teile

69 Übersetzung aus Rudè právo vom 4. 9. 1966.

fruchtbringenden Zusammenarbeit – insbesondere auch auf ökonomischem und kulturellem Gebiet – sowohl mit der westdeutschen Bundesrepublik als auch mit anderen kapitalistischen Staaten weiterführen.

4. Die militärische Planung Bonns zur Durchsetzung der Ziele der Ostpolitik

Obwohl der Gegenstand dieser Untersuchung eine Analyse der Bonner Ostpolitik unter dem spezifischen Aspekt ihrer Auswirkungen auf das Problem der europäischen Sicherheit ist, bedarf es hier doch wenigstens einiger knapper Hinweise auf die Zusammenhänge zwischen der Ostpolitik und der militärischen Planung der Bundesrepublik.

Diese Zusammenhänge ergeben sich eindeutig daraus, daß die Bundesregierung ihre gesamte sogenannte Sicherheitspolitik auf der These von der angeblichen „Bedrohung aus dem Osten“ und auf der Behauptung aufbaut, die Ursache der Ost-West-Spannungen in Europa sei die Spaltung Deutschlands, die nur im Sinne der Bonner „Deutschland-Konzeption“, das heißt durch die territoriale Realisierung der Alleinvertretungsanmaßung in den Grenzen des ehemaligen deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937, überwunden werden könne.⁷⁰ Damit stellt die Bundesregierung ihre Rüstungspolitik und ihre militärische Planung ausdrücklich in den Dienst einer „Beseitigung“ dieser von ihr behaupteten Spannungsursachen und richtet sie so ausdrücklich gegen die Staaten des Warschauer Vertrages.

Man braucht sich nicht auf Strauß und andere Vertreter der aggressivsten Gruppen des westdeutschen Monopolkapitals zu berufen, um diese Funktion der Bonner Militärpolitik als Instrument gerade der „Deutschland“- und Ostpolitik der Bundesregierung zu beweisen. Diese hat selbst in aller Form in ihrer „Friedensnote“ vom 25. März 1966 erklärt, daß das Ziel ihrer „Sicherheitspolitik“ darin bestehe, „die Ursachen für die politischen Spannungen zu beseitigen“, während sie zugleich die Spaltung Deutschlands als Ursache der Span-

⁷⁰ Vgl. z. B. Erhard in der Regierungserklärung vom 11. 11. 1965 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1447).

nungen charakterisierte.⁷¹ Das heißt: Zunächst erklärt man in Bonn unter Verfälschung der historischen Wahrheit die Herausbildung zweier deutscher Staaten mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung zur „Ursache“ der Spannungen, während diese doch in Wirklichkeit allein aus der aggressiven Politik des in Westdeutschland restaurierten deutschen Imperialismus entspringen, das heißt letztlich auf die Nichterfüllung der Forderungen des Potsdamer Abkommens und die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes im Westen Deutschlands zurückgehen. Dann aber rüstet man auf, fordert man sogar nukleare Waffen und entwickelt man eine „Vorwärtsstrategie“, um die erfundene „Spannungsursache“ zu beseitigen. Dabei ist man sich durchaus der Tatsache bewußt, daß dieses Vorhaben den Bündnisfall des Warschauer Vertrages auslösen muß.

Das bedeutet also, daß die gesamte militärische Planung der Bundesrepublik auf eine Veränderung des Status quo in Europa gerichtet ist, wie sie politisch mit der Ostpolitik erstrebt und vorbereitet wird.

Dieser Zusammenhang wird regierungsoffiziell in aller Deutlichkeit ausgesprochen. So machte der bisherige Bundeskanzler Erhard jede Bereitschaft zu Abrüstungs- und Entspannungsschritten von der spätestens gleichzeitigen Erfüllung der Bonner Forderung nach Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik und nach Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1937 abhängig. In diesem Sinne erklärte er: „Darum muß eine Abrüstungspolitik, wie die Bundesregierung sie versteht, Hand in Hand gehen mit einer Politik, die ... darauf gerichtet ist, die Spannungs- und Unruheherde zu beseitigen ... Wir werden nachhaltig darauf hinwirken, daß kein System von Abrüstungs-, Entspannungs- oder Sicherheitsmaßnahmen auf der Konzeption eines geteilten Deutschlands errichtet wird ...“⁷²

Es kann also keinen Zweifel daran geben, daß der hartnäckige Widerstand der Bonner Regierung gegen alle Schritte eines Abbaus der militärischen Konfrontation in Europa, wie zum Beispiel gegen einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation, gegen die Schaffung atom-

⁷¹ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 42, vom 26. 3. 1966, S. 329 ff. (S. 330).

⁷² A. a. O., 1965, Nr. 179, vom 11. 11. 1965, S. 1437 ff. (S. 1447).

waffenfreier Zonen in Europa, gegen vereinbarte Abrüstungsschritte, daß das westdeutsche Beharren auf der Forderung nach einem Verfügungsrecht über Kernwaffen und die Vorbereitung einer eigenen Kernwaffenproduktion unmittelbar der Durchsetzung ihrer Ostpolitik dienen. Damit wird das sich aus dem Inhalt dieser Politik ergebende aggressive, den Status quo in Europa angreifende und die europäische Sicherheit gefährdende Wesen ihrer Zielstellung noch besonders durch die Tatsache unterstrichen, daß ihre Realisierung auch mit Mitteln der Anwendung oder Androhung von Gewalt geplant und vorbereitet wird.

Die ohnehin offenkundige außerordentliche Gefährlichkeit dieser Politik für den Frieden und die Sicherheit in Europa wird noch weiter dadurch erhöht, daß sich gegenwärtig immer sichtbarer ein enges, Komplottcharakter tragendes Sonderbündnis zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und den USA, also zwischen den beiden aggressivsten imperialistischen Mächten, zwischen dem Aggressor in Südostasien und dem potentiellen Aggressor in Europa, herausbildet. Die Grundlage dieses Sonderbündnisses ist die – trotz mancher bestehender Differenzen – steigende gegenseitige Abhängigkeit Westdeutschlands und der USA, die sich vor allem einerseits aus dem dringenden Bedürfnis der USA nach der politisch-, „moralischen“, aber auch materiellen Unterstützung ihrer Vietnam-Aggression durch Bonn und nach der Erhaltung ihrer militärischen Hauptbasis in Europa und andererseits aus der Notwendigkeit für die Bundesrepublik ergibt, sich für ihre revanchistischen Ziele in Europa und ihre atomaren Ambitionen der Hilfe und Förderung durch die USA zu versichern. Dabei entspricht in jüngster Zeit offenbar einem wachsenden ökonomischen Einfluß der USA in Westdeutschland die zunehmende Möglichkeit für Bonn, die USA unter den Bedingungen ihrer sich angesichts der Verbrechen in Vietnam verschärfenden internationalen Isolierung politischen Pressionen auszusetzen. Diese Lage nutzt die Regierung der Bundesrepublik nicht zuletzt gerade zu dem Zweck aus, ihre revanchistische Ostpolitik mit Unterstützung der USA weiterzubetreiben und zu intensivieren, insbesondere aber eine – wie auch immer geartete – Teilhabe an nuklearen Waffen oder eine Mitbestimmung über deren Einsatz in den Dienst dieser Politik zu stellen. Es bedarf keines besonderen Beweises dafür, zu welchen Gefahren für die Sicherheit und die Existenz der europäischen Völker dieser Kurs führen muß, wenn ihm nicht der einheitliche Wille und die

vereinte Kraft des sozialistischen Lagers unübersteigbare Schranken setzen.

Dieser Hinweis auf die Orientierung der militärischen Planung der Bundesrepublik gerade auf die Durchsetzung der Ziele der westdeutschen „Deutschland“- und Ostpolitik ist auch deshalb zum Verständnis der Ostpolitik unerlässlich, weil diese nicht etwa eine prinzipielle Absage an die frühere, gegenwärtig selbst den Bonner regierenden Kreisen völlig unreal erscheinende Konzeption eines direkten militärischen Angriffs auf die DDR zur Schaffung der Ausgangspositionen für eine grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses in Europa bedeutet. Sie ist vielmehr lediglich eine zur Zeit im Vordergrund stehende taktische Variante zur Erreichung einer strategischen Zielstellung, für deren Verwirklichung – bei Vorliegen dafür günstiger Bedingungen – der direkte Angriff ausdrücklich vorbehalten wird. Das brachte der frühere Bundesaußenminister und jetzige Verteidigungsminister Schröder in aller Offenheit zum Ausdruck, wenn er im Hinblick auf die von ihm mit der Ostpolitik erstrebten Veränderungen im europäischen Kräfteverhältnis und insbesondere in den inneren Beziehungen innerhalb des sozialistischen Lagers schrieb: „Möglich ist auch . . ., daß die Entwicklungen einen schnelleren Verlauf nehmen, als wir heute erwarten. Wir müssen auf diese Eventualitäten vorbereitet sein. Daraus folgt, daß wir keine starre und bis in die Einzelheiten festgelegte Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten planen dürfen, daß wir vielmehr genug Elastizität bewahren müssen, um uns jeder Änderung in der Lage der osteuropäischen Staaten und in ihrer Bereitschaft – oder auch Reserve – zu Kontakten mit der westlichen Welt anpassen zu können.“⁷³

5. Die Gesamtzielsetzung der Bonner Ostpolitik

Die Analyse der verschiedenen Aspekte der Ziele und Methoden der Bonner Ostpolitik führt zu folgenden Feststellungen:

- a) Die offizielle Ostpolitik der westdeutschen Bundesregierung ist nach ihrem Inhalt, ihren Zielen und ihren Methoden gegen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit, das heißt

⁷³ A. a. O., 1965, Nr. 155, vom 21. 9. 1965, S. 1253 ff. (S. 1256).

gegen die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet.

- b) Sie zielt auf eine Veränderung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen in Mittel- und Osteuropa und richtet sich gegen die Unverletzlichkeit der Grenzen der Volksrepublik Polen und der Sowjetunion. Sie bedroht die territoriale Integrität der ČSSR, und sie soll — mit Hilfe der These vom sogenannten Heimatrecht der Sudetendeutschen und der angeblichen „Obhutspflicht“ der Bundesregierung für sie — Formen der inneren Aggression gegen diese vorbereiten.
- c) Sie bezweckt die Errichtung der Hegemonie eines wiedervereinigten imperialistischen Deutschlands in West- und Mitteleuropa und damit die Schaffung der Ausgangspositionen für eine „Zurückdrängung“ des Sozialismus in Europa.
- d) Sie soll zu einem Angriff auf die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers dienen und zielt auf eine Schwächung der Verteidigungsorganisation des Warschauer Vertrages.
- e) Sie bedeutet den Versuch, vor allem ökonomische Macht einzusetzen, um auf politische Entscheidungen souveräner sozialistischer Staaten einzuwirken.
- f) Sie bezweckt eine interventionistische ökonomische, politische und ideologische Einmischung in die innere Ordnung und die inneren Angelegenheiten sozialistischer Staaten mit dem Ziel, konterrevolutionäre Entwicklungen auszulösen.
- g) Sie ist verbunden mit einer Militärpolitik und militärischen Planung, die auf die Vorbereitung ihrer unter geeigneten Umständen auch gewaltsamen Durchsetzung gerichtet ist.
- h) Sie schließt — im Falle günstiger Bedingungen hierfür — den jederzeitigen Übergang der Bundesrepublik zur direkten offenen Aggression gegen die DDR und gegen andere sozialistische Staaten zur Durchsetzung der revanchistischen Forderungen Bonns in sich ein.

Mit einem Wort: Diese westdeutsche Ostpolitik steht in diametralem Gegensatz zu den elementaren Bedingungen der europäischen Sicherheit.

IV. Varianten und Differenzierungen in der ostpolitischen Konzeption der Bundesrepublik

Die hier vorgenommene Analyse des Inhalts, der Ziele und der Methoden der Bonner Ostpolitik bezieht sich zunächst — wie schon die Auswahl des Beweismaterials zeigt — auf die offiziellen Positionen der regierenden politischen Kräfte.

Diese ostpolitische Konzeption ist jedoch von ihrer Herausarbeitung an nicht unumstritten gewesen. Es gab von Anfang an sowohl innerhalb der Parteien der früheren Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP als auch in der Sozialdemokratie bestimmte Kräfte, die für gewisse taktische Varianten bei der Durchführung dieser Politik eintraten. Es gibt aber auch — und zwar in wachsendem Ausmaße — politische Strömungen in Westdeutschland, die auf eine prinzipielle Abkehr von dieser Politik drängen und eine echte, realistische und der Gewährleistung der europäischen Sicherheit dienende Alternative zu ihr vertreten und fordern.

1. Die Varianten der ostpolitischen Konzeption innerhalb der CDU/CSU und der FDP

Die taktischen Varianten im Rahmen einer grundsätzlichen Bejahung und Unterstützung der dargelegten ostpolitischen Konzeption der in Westdeutschland herrschenden Kreise, die sich schon seit längerem bei einzelnen Personen und Gruppen in den Parteien der früheren Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP, aber auch in der

Haltung der SP-Führung zeigten, hängen zum Teil mit gewissen Differenzen zwischen der regierungsoffiziellen Bonner Ostpolitik und der politischen Linie der USA und auch mit den Differenzen zwischen der außenpolitischen Orientierung der USA und der französischen Regierung im Hinblick auf die sozialistischen Staaten Europas zusammen.

Einmal ist nicht zu verkennen, daß es auch in den USA innerhalb der herrschenden Gruppen unterschiedliche Tendenzen hinsichtlich der Politik gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten Europas gibt, die von der Position einer uneingeschränkten Rückkehr zur offenen und direkten gewaltsamen Roll-back-Politik über die hier eingangs knapp angedeutete Regierungskonzeption der Johnson-Administration bis zu realistischeren und verständigungsbe-reiteren Haltungen reichen und denen gewisse Gruppierungen im politischen Leben der Bundesrepublik entsprechen. Zum anderen aber bestehen auch einige Unterschiedlichkeiten zwischen der amerikani-schen und der westdeutschen Regierungspolitik in dieser Frage, die allerdings die grundsätzliche Übereinstimmung und das prinzipielle Zusammenwirken dieser beiden aggressiven Hauptmächte in keiner Weise berühren.

Wenn auch in der amerikanischen und westdeutschen Osteuropapoli-tik die gleiche Zielsetzung besteht, die DDR zu isolieren und schließ-lich zu liquidieren und die politische und militärische Vormachtstel-lung eines eng an die USA gebundenen, einheitlichen imperialisti-schen Deutschlands in West- und Mitteleuropa als Stoßkeil gegen das sozialistische Lager zu schaffen, und sie die gleiche Orientierung auf Methoden enthält, das sozialistische Lager zu spalten und einzelne sozialistische Länder allmählich aufzuweichen, so gibt es doch gewisse Differenzierungen zwischen ihnen vor allem in den Fragen der Hall-stein-Doktrin, der Bonner Grenzforderungen und des gesamten Ter-minplanes. Die USA sind angesichts des realen Kräfteverhältnisses in Europa und unter dem Druck ihrer Vietnam-Aggression und ihrer dadurch hervorgerufenen weitgehenden internationalen Isolierung gegenwärtig in gewisser Weise nicht daran interessiert, in Europa militärische Konflikte auszulösen. Sie betrachten zwar auch Europa nach wie vor als ein Zentrum der Konfrontation mit dem Sozialismus, haben aber das Hauptfeld ihrer direkten Aggression vor allem nach Asien, Lateinamerika und Afrika verlegt, wo ihnen zur Zeit die Ri-siken geringer erscheinen. Deshalb und um günstigere Bedingungen

*Botschaft für ...
Rechtspolitik*

für ihre langfristig berechnete Spaltungs- und Aufweichungspolitik gegenüber dem sozialistischen Lager zu schaffen, sähen sie es offen-bar gern, wenn Bonn sich über die selbstgeschaffenen Schranken der Hallstein-Doktrin hinwegsetzen, eindeutige Erklärungen über die An-erkennung der Oder-Neiße-Grenze abgeben und damit wesentliche Hindernisse zur Aufnahme ausgedehnterer bilateraler Beziehungen zu sozialistischen Ländern beseitigen würde.⁷⁴

Da derartige Schritte aber zweifellos nicht nur der Hallstein-Doktrin, sondern auch den Bonner Thesen vom „völkerrechtlichen Weiterbe-stehen“ des ehemaligen Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 und vom „Alleinvertretungsrecht“ der Bundesre-publik, das heißt also entscheidenden Grundlagen der Bonner „Deutschlandpolitik“ und Ostpolitik, den Boden entziehen würden, war die westdeutsche Regierung bisher nicht bereit, dieser amerika-nischen Linie zu folgen. Für Bonn steht nach wie vor, gerade weil die Politik der DDR immer nachhaltiger die Manövrierfähigkeit des west-deutschen Imperialismus einengt und ihn zunehmend in eine Isolie-rung drängt, der Stoß gegen die DDR im Vordergrund, während nach amerikanischen Vorstellungen die „Wiedervereinigung“ Deutschlands im Sinne etwa des Artikels 3 des sogenannten Deutschlandvertrages, das heißt die Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik, erst während oder im Ergebnis einer langfristig berechneten Spaltungs- und Aufweichpolitik gegenüber dem sozialistischen Lager erfolgen soll. Daraus erklären sich auch die von amerikanischen Politologen entwickelten verschiedenartigen Projekte einer auf 10 oder 15 Jahre befristeten souveränitätsbeschränkten und nichtgleichberechtigten Existenz der DDR „auf Abruf“, wobei man sich der Illusion hingibt, diese Frist nutzen zu können, um vor allem durch gewisse Zugestän-dnisse in Sicherheitsfragen und durch eine fortschreitende Diskreditie-rung der DDR ein „Desinteressement“ der Sowjetunion an dieser westlichsten Position des Sozialismus zu erreichen.⁷⁵ In Richtung dieser wirklichkeitsfremden amerikanischen Spekulationen zielten offen-

⁷⁴ Vgl. z. B. Z. K. Brzezinski, Alternative to Partition, New York, 1965, zit. nach: Rheinischer Merkur vom 2. 9. 1966; Botschaft Johnsons vom 13. 1. 1966 in: Neue Zürcher Zeitung vom 14. 1. 1966; H. A. Kissinger, „Deutschland unter dem Druck der Freunde“, Die Welt vom 18. 7. 1966; Johnson in der Rede vor amerikanischen Journalisten vom 7. 10. 1966 in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 10. 1966.
⁷⁵ Vgl. insbesondere H. A. Kissinger, „Deutschland unter dem Druck der Freunde“, Die Welt vom 18. 7. 1966; ders., „Der Preis der deutschen Einheit“, Reporter, zit. nach: Neue Zürcher Zeitung vom 18. 4. 1965; Z. K. Brzezinski, a. a. O.

Grundlegende Überwachen - j: USA-USA
in den Hall's Vorarbeiten in W

sichtlich auch die bereits erwähnten Vorschläge Barzels in seinen New Yorker und Washingtoner Reden vom Juni 1966.⁷⁶

Entscheidend bleibt aber bei diesen und anderen Teilunterschieden in den ostpolitischen Konzeptionen Washingtons und Bonns die grundlegende Übereinstimmung in der gegen das gegenwärtige Kräfteverhältnis in Europa, gegen die Integrität und den Einfluß des sozialistischen Lagers und gegen die Sicherheitsinteressen aller europäischen Völker zielenden Stoßrichtung, die in dem Kommuniké des Erhard-Besuches⁷⁷ vom 26./27. September 1966 in den USA wieder zum Ausdruck kam.

Das gleiche gilt im Grunde für alle Varianten der ostpolitischen Taktik, die innerhalb der früheren Bonner Regierungsparteien entwickelt wurden.

Soweit es innerhalb der FDP und bei einzelnen Politikern der CDU/CSU gewisse von der Ostpolitik der Bundesregierung abweichende Vorstellungen gibt, handelt es sich ausschließlich um taktische Teilfragen, nicht aber um den grundsätzlichen Inhalt und die Zielstellung der Ostpolitik. Es geht dabei in einigen Fragen um eine gewisse Annäherung an die amerikanische Konzeption. Das zeigt sich sehr deutlich bei bestimmten, in Teilfragen — insbesondere hinsichtlich der Anwendung der Hallstein-Doktrin und ihrer eventuellen Modifizierung gegenüber sozialistischen Staaten — von der Regierungskonzeption abweichenden Auffassungen einzelner Politiker der FDP.⁷⁸ Das geht auch hervor aus den durchsichtigen Projekten zum Beispiel des CDU-Abgeordneten Dichgans, durch eine ökonomische Unterwanderung der DDR diese sozusagen „demokratisch“ in ein einheitliches imperialistisches Deutschland zu integrieren und dadurch das Kräfteverhältnis in Mitteleuropa zugunsten des westdeutschen Imperialismus zu verändern.⁷⁹

⁷⁶ Vgl. Rede in Washington und New York vom 15. 6. 1966, veröffentlicht in: Die Welt vom 16./17. 6. 1966.

⁷⁷ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 128, vom 30. 9. 1966, S. 1017 ff.

⁷⁸ Vgl. z. B. aus jüngster Zeit H.-D. Genscher (UPI-Meldungen vom 6. 9. 1966 und 12. 10. 1966); Leverenz in einem Interview mit den Lübecker Nachrichten vom 6. 9. 1966; von Kühmann-Stumm in der Bundestagsitzung vom 25. 5. 1966 (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 71, vom 27. 5. 1966, S. 561).

⁷⁹ Vgl. DPA-Meldung vom 26. 5. 1966.

2. Die ostpolitische Konzeption der SP-Führung

Nicht anders sind aber auch die ostpolitischen Konzeptionen einzuschätzen, die seit längerem von der SP-Führung entwickelt worden sind. Mit aller Deutlichkeit trat das in dem vom Dortmunder Parteitag im Juni 1966 beschlossenen politischen Programm der SP in Erscheinung.⁸⁰ In der Parteitagsentschließung „Zur Deutschlandpolitik unter den sich ändernden weltpolitischen Bedingungen“ wird zu den ostpolitischen Vorstellungen der SP-Führung zunächst grundsätzlich festgestellt, daß auch sie von den „Leitgedanken“ ausgeht, „die in dem 1961 vom Bundestag einstimmig gebilligten Jaksch-Bericht und in der Friedensnote der Bundesregierung vom März 1966 dargelegt worden sind“.⁸¹

Damit stellte sich die offizielle Politik der Sozialdemokratie gegenüber den sozialistischen Staaten Europas ganz eindeutig auf den Boden der CDU/CSU. Demzufolge bekannte sich die SP-Führung auch in aller Form zu solchen entscheidenden Wesenselementen dieser Politik wie dem Alleinvertretungsanspruch, der Bonner „Wiedervereinigungs“-Konzeption und der Forderung nach einer „Beteiligung (Westdeutschlands) an der gesamtstrategischen (d. h. also auch nuklearen — H. Kr.) Planung“ der NATO.⁸²

Die taktischen Differenzen zwischen dem ostpolitischen Programm der SP-Führung und dem der früheren Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP beschränkten sich im wesentlichen auf folgende Punkte:

- a) Die SP-Führung tritt für eine „differenzierte“ Anwendung der Hallstein-Doktrin gegenüber den sozialistischen Staaten Europas ein, um den Ausbau wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen der Bundesrepublik zu ihnen bis hin zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu erleichtern und um nicht der DDR „in den Staaten Osteuropas die Vertretung Deutschlands“ zu überlassen, ohne jedoch dabei den Anspruch aufzugeben, daß die Bundesregierung und der Bundestag „allein legitimiert“ sind, „für das deutsche Volk zu sprechen“.⁸³

⁸⁰ Aus früherer Zeit vgl. insbesondere das Memorandum W. Brandts zur Ostpolitik vom August 1964 in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 1. 1965.

⁸¹ Vgl. Die Andere Zeitung vom 22. 6. 1966.

⁸² Vgl. a. a. O.

⁸³ Vgl. a. a. O.

- b) Die SP-Führung distanziert sich nicht etwa von den revanchistischen Grenzforderungen der Bundesregierung, sondern sie bekennt sich ausdrücklich zu der Note vom 25. März 1966, in der die Grenzen von 1937 beansprucht werden. Sie fordert lediglich, man solle „die Frage nach unseren verlorenen Ostgebieten und die Frage nach dem Oder-Neiße-Problem“ nicht „gleichrangig mit dem Ziel der Wiedervereinigung der international nicht umstrittenen deutschen Territorien präsentieren.“⁸⁴

Mit anderen Worten: Vorrangig ist für die rechten Führer der SP die Annektierung der DDR durch die imperialistische Bundesrepublik, für deren Duldung durch die anderen sozialistischen Länder sie bereit wäre, durch eine in ihrem Inhalt und Umfang in keiner Weise näher bestimmte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einen gewissen „Preis“ zu zahlen, der in Wirklichkeit gar kein Preis ist, weil damit auf angemäße „Rechte“ verzichtet werden soll, die die Bundesrepublik überhaupt nicht besitzt und die sie niemals zu realisieren vermag. Im übrigen aber will man sich nach Erledigung der „vorrangigen“ Wiedervereinigung die Hände gegenüber den sozialistischen Staaten freihalten.

- c) Hinsichtlich der Methoden zur Realisierung einer „Wiedervereinigung“ Deutschlands im Sinne der Bonner Zielsetzung, zunächst einmal ein einheitliches imperialistisches Deutschland bis zur Oder-Neiße-Grenze herzustellen, stehen bei der SP-Führung vor allem die Pläne zur Aufweichung und allmählichen „Sturmreifmachung“ der DDR mittels einer Infiltration durch die „Politik der kleinen Schritte“ bzw. durch die angebliche „Erleichterung des Lebens der Menschen im geteilten Deutschland“ im Vordergrund,⁸⁵ deren Sinn darin besteht, einen Keil zwischen Bevölkerung und Regierung in der DDR zu treiben und dadurch die DDR zu unterhöhlen.

Gelegentlich klingen bei sozialdemokratischen Politikern auch Töne an, die dem Wunsch nach einem „erträglichen Nebeneinander“ der beiden deutschen Staaten — allerdings bis zur „Wiedervereinigung“ nach Bonner Rezept —, ja sogar der Befürwortung einer organisierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwi-

⁸⁴ H. Schmidt, Rede auf dem Dortmunder Parteitag der SPD, zit. nach: Neues Deutschland vom 14. 6. 1966.

⁸⁵ Vgl. z. B. W. Brandt, Eröffnungsreferat auf dem Dortmunder Parteitag der SPD in: Vorwärts vom 8. 6. 1966; ders., Diskussionsbeitrag in der Arbeitsgemeinschaft A des Dortmunder Parteitages der SPD, a. a. O.

schen⁸⁶ ihnen Ausdruck geben. Zweifellos könnte jeder echte Schritt zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, zur Schaffung der Voraussetzungen für ihre gleichberechtigte Zusammenarbeit ein wesentliches Element einer westdeutschen Ostpolitik sein, die zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa beitragen würde. Aber wer kann sich Illusionen über den Charakter und die Absichten derartiger Projekte der SP-Führung machen, solange diese im gleichen Atemzuge jede Anerkennung der DDR ablehnt und an der aggressiven Bonner Alleinvertretungsanmaßung festhält, mit der die Respektierung der Grenzen der DDR und damit der Westgrenze des europäischen sozialistischen Staatenbundes verweigert wird.

- d) Die SP-Führung verfielt eine über entsprechende Vorstellungen der ehemaligen Bonner Regierungskoalition hinausgehende Aktivierung und Intensivierung insbesondere der ökonomischen „Durchdringung“ der sozialistischen Länder Europas mittels einer Art „Marshall-Plan-Hilfe“ für Osteuropa, wie sie vor allem in der vom Parteivorstand ausdrücklich gebilligten „Jaksch-Studie“ dargelegt worden ist.⁸⁷

Diese in keiner Weise das Wesen der Dinge berührenden taktischen Differenzen zwischen dem ostpolitischen Programm der sozialdemokratischen Parteiführung und der Ostpolitik der CDU/CSU beweisen nicht nur, daß die SP-Führer auch auf diesem Gebiet an ihrer prinzipiellen „Politik der Gemeinsamkeit“ mit der CDU/CSU festhalten und daß diese Politik daher keine realen Chancen für effektive Fortschritte zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit bietet. Sie waren vielmehr darüber hinaus unter den Bedingungen der früheren Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP auch Ausdruck einer gewissen Arbeitsteilung zwischen der Bonner Regierung und der offiziellen „Opposition“ bei der Entwicklung taktischer und methodischer Varianten zur gemeinsamen Verfolgung einer einheitlichen Zielstellung.

Die SP-Führung ließ sich auf diese Weise schon während ihrer „Oppositions“-Rolle dazu benutzen, unter Mißbrauch von Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung aktive Hilfsdienste bei der Entwicklung und Durchführung einer imperialistischen Politik zur

⁸⁶ Vgl. z. B. Interview von H. Wehner mit „Deutsches Panorama“ in: Vorwärts vom 19. 10. 1966.

⁸⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 2. 1965.

Bedeutung Jaksch-Bericht, Jaksch-Memo: Beitrag der SPD für einen "Expeditio!"

Schwächung und Zurückdrängung des Sozialismus in Europa, zur Ausdehnung des Herrschaftsbereichs des aggressivsten imperialistischen Staates in Europa zu leisten. Ja, sie erfüllte sogar bereitwillig die Funktion eines „Vorreiters“ und Vorbereiters neuer taktischer Varianten zur Aufrechterhaltung und — wie man glaubt — den gegebenen Verhältnissen besser angepaßten und daher wirksameren Weiterführung der revanchistischen Bonner Ostpolitik. Das war bereits mit dem „Jaksch-Bericht“ im Jahre 1961 der Fall, der einen wesentlichen Beitrag zu der die „neue“ Ostpolitik einleitenden Bundestagsentschließung vom 14. Juni 1961 darstellte. Im gleichen Sinne deutete die „Jaksch-Studie“ vom Februar 1965 auf neue ökonomische Aspekte der Bonner regierungsamtlichen Ostpolitik hin. Vorrangig unter diesem Gesichtspunkt — neben innerpolitischen, wahltaktischen Erwägungen — sind auch die erwähnten Vorschläge zu einer gewissen Abwandlung der Ostpolitik zu verstehen, die in letzter Zeit von der SP-Führung entwickelt wurden, wie zum Beispiel Wehners Projekt einer „Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft“ der Bundesrepublik und der DDR.⁸⁸

Es kann nicht das Anliegen dieser Ausführungen sein, auf die Vielfalt derartiger Varianten der in ihrem Wesensgehalt dadurch nicht veränderten Bonner ostpolitischen Konzeption einzugehen, deren Ziel im Grunde nur eine — nach Meinung ihrer Urheber — „effektivere“ Durchsetzung dieser Konzeption ist. Entscheidend ist vielmehr die Erkenntnis, daß es sich bei allen diesen Vorschlägen und Projekten nicht um echte Alternativen zur Bonner Ostpolitik handelt, sondern ausschließlich um den Ausdruck unterschiedlicher Auffassungen über die zweckmäßigste und erfolgreichste Methode der Verwirklichung dieser die Sicherheit Europas gefährdenden Politik. Illusionen über diesen Sachverhalt müßten dazu führen, den gemeinsamen Kampf der europäischen Völker für die Sicherung ihres friedlichen Lebens zu schwächen.

⁸⁸ Vgl. Vorwärts vom 19. 10. 1966.

3. Die Ostpolitik der Regierung Kiesinger-Strauß

Diese Einschätzung fand jetzt ihre volle Bestätigung in der Bildung der Kiesinger-Strauß-Regierung mit sozialdemokratischer Beteiligung in Westdeutschland und in ihrem ostpolitischen Programm. Denn diese Regierung, in die neben anderen SP-Politikern der Partei-Vorsitzende Willy Brandt, als Vizekanzler und Außenminister und der stellvertretende SP-Vorsitzende Wehner als sogenannter Minister für gesamtdeutsche Fragen eintraten, setzt nicht nur die von der CDU/CSU entwickelte und bisher betriebene revanchistische Ostpolitik hinsichtlich ihrer Zielsetzung in vollem Umfang fort, sondern der Kurs der Kiesinger-Strauß-Regierung bedeutet unverkennbar eine wesentliche Verschärfung des aggressiven Charakters dieser Politik und ihrer Stoßrichtung gegen die europäische Sicherheit. Das Programm und die bisherige Tätigkeit dieser Regierung zeigen, daß ihre Funktion darin besteht, nach der Restauration der Herrschaft der aggressivsten Gruppen des westdeutschen Monopolkapitals und dem Ausbau seines staatsmonopolistischen Machtapparates den Übergang zur Periode der Expansion des westdeutschen Imperialismus zu vollziehen. Zu diesem Zweck wird mit der Bildung der neuen westdeutschen Regierung gerade durch die Einbeziehung rechter SP-Führer die „Formierung“ der Kräfte der Reaktion vorangetrieben und die Absicht verfolgt, mit Hilfe der SP-Minister die Notstandsverfassung zu vollenden und diese antidemokratischen Maßnahmen gegenüber der westdeutschen Bevölkerung durch die SP-Führung abschirmen zu lassen. Außenpolitisch aber ist die Regierung Kiesinger-Strauß bemüht, die alten gefährlichen Ziele der Adenauer-Erhard-Politik unter Anwendung einer neuen, zu einem nicht unwesentlichen Teil von den am weitesten rechts stehenden Kräften der SP-Führung wie Wehner entwickelten Taktik und Entfaltung einer scheinheiligen Friedensdemagogie noch intensiver zu verfolgen. Dabei paßt sich diese Regierung, in der Strauß offen den Ton angibt, weitgehend der friedensfeindlichen Globalstrategie Johnsons an und baut so auch auf diese Weise das Zusammenspiel der beiden aggressivsten imperialistischen Mächte weiter aus. Das bedeutet, daß sich die Regierung Kiesinger-Strauß — unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die USA angesichts des realen Kräfteverhältnisses in Europa gegenwärtig das Hauptfeld unmittelbarer Aggressionen im pazi-

fischen Raum und insbesondere in Südostasien sehen – in Europa der amerikanischen Konzeption angeschlossen hat, zunächst als Hauptverbündeter der USA die amerikanisch-westdeutsche Hegemonie in Westeuropa zu festigen und auszubauen, die Organisation der NATO zu straffen und gegenüber den sozialistischen Ländern eine der Vorbereitung späterer direkter Aggressionen dienende Politik der Zersetzung ihrer Einheit und der schrittweisen Verschiebung der Angriffsbasen des Imperialismus zu betreiben.

In diesem Rahmen ist die sogenannte Ostpolitik Bonns heute auf vier Hauptziele orientiert:

1. Sie ist darauf gerichtet, Möglichkeiten zu finden, um die volkdemokratischen Staaten von der Sowjetunion zu lösen.
2. Sie sucht nach Wegen, um die feste, freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten zu lockern.
3. Sie strebt nach Gewinnung von Einfluß in sozialistischen Staaten, um deren innere Festigkeit zu unterhöhlen.
4. Sie zielt vor allem darauf, einen konzentrierten Druck aller imperialistischen Staaten auf die DDR zu organisieren, um diese zunächst von den anderen sozialistischen Staaten zu isolieren und dann in die Bundesrepublik einzuverleiben.

Die bis heute vorliegenden Programmklärungen der Regierung Kiesinger-Strauß, ihrer CDU/CSU- und SP-Minister und ihre bisherige Tätigkeit stellen diese gefährliche Expansionspolitik und das völlige Einschwenken der SP-Führung auf die Positionen der extrem rechten Kräfte in der CDU/CSU eindeutig unter Beweis.

Eine Analyse der Vorgänge bei der Regierungsbildung und insbesondere die Regierungserklärung Kiesingers vor dem Bundestag vom 13. Dezember 1966 zeigen zunächst einmal mit aller Eindeutigkeit, daß die Regierung Kiesinger-Strauß mit ihrer gesamten Außenpolitik und insbesondere ihrer sogenannten Ostpolitik *die bisherigen, revanchistischen Ziele* – wenn auch mit veränderter Taktik – weiter verfolgt.

Zwar waren gerade die die Ostpolitik betreffenden Formulierungen der Regierungserklärung Kiesingers, seiner ersten Interviews als Kanzler und der bisher vorliegenden Erklärungen des neuen Außenministers Willy Brandt im Ton weniger offen aggressiv, in der Diktion „gefälliger“ als die früheren Äußerungen Erhards oder Schröders als Außenminister, aber in der Sache sind die Aussagen unverändert geblieben. Das ostpolitische Programm Kiesingers ist nichts

anderes als das bisherige revanchistische, Frieden und Sicherheit in Europa gefährdende Programm des aggressiven westdeutschen Imperialismus, angereichert mit einigen aus der Küche der rechten SP-Führung stammenden taktischen Winkelzügen und demagogischen Verbrämungen.

So findet man in der Regierungserklärung Kiesingers zwar nicht mehr direkt die Formulierung vom Fortbestehen des ehemaligen Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und von der Identität der Bundesrepublik mit ihm, wohl aber die alte These, daß die Grenzen Deutschlands „nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden“ können⁸⁹. Das heißt aber doch, daß es bei der Nichtanerkennung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges völkerrechtlich festgelegten Ostgrenzen bleibt, daß sich auch die neue Bundesregierung der „Großen Koalition“ weigert, den Status quo in Europa zu achten, daß sie es also ebenfalls ablehnt, diese elementare Voraussetzung der Sicherheit in Europa zu respektieren.

Des weiteren wählt Herr Kiesinger zwar zur Bezeichnung der Deutschen Demokratischen Republik die von der bisherigen Bonner Diktion abweichende Formulierung vom „anderen Teil Deutschlands“, aber das ändert nicht das geringste an seiner prononciert hervorgehobenen Erklärung, daß Bonn sich nach wie vor weigert, die Realität der völkerrechtlichen Existenz der DDR anzuerkennen, normale zwischenstaatliche Beziehungen zu ihr herzustellen und ihre Grenzen und ihre souveränen Rechte zu respektieren. Denn – so betonte Kiesinger – „auch diese Bundesregierung betrachtet sich als die einzige deutsche Regierung, die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und daher berechtigt ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen“. Und er erklärt ausdrücklich, daß er „keinen zweiten deutschen Staat“ anerkenne⁹⁰. Der SP-Vorsitzende und Außenminister Brandt aber assistiert ihm mit der Feststellung: „Wir können keinen zweiten deutschen Staat anerkennen.“⁹¹ Also, es bleibt auch bei der Alleinvertretungsanmaßung mit allen ihren Konsequenzen, es bleibt bei der Zielsetzung der Liquidierung der DDR, ihres „Anschlusses“ an die Bundesrepublik.

Ferner findet Kiesinger in der Regierungserklärung zwar schöne Worte über den angeblichen Wunsch der neuen Regierung, das Ver-

⁸⁹ Vgl. Die Welt vom 14. 12. 1966, S. 6.

⁹⁰ Vgl. a. a. O., S. 7.

⁹¹ Vgl. Fernsehgespräch mit dem II. westdeutschen Fernsehen vom 8. 12. 1966.

hältnis zur Volksrepublik Polen und zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zu normalisieren. Aber gleichzeitig lehnt er die Anerkennung der Verbindlichkeit der Oder-Neiße-Grenze eindeutig ab und hält an der These fest, daß das Münchener Abkommen lediglich nicht „mehr“ gültig sei, also ursprünglich durchaus gültig gewesen wäre, woraus dann die „Obhutspflicht“ der Bundesregierung „gegenüber den sudetendeutschen Landsleuten wie gegenüber allen Vertriebenen und Flüchtlingen“⁹² abgeleitet wird, die lediglich eine andere Formulierung für das sogenannte Heimatrecht ist. Mit anderen Worten: Auch die Regierung Kiesinger-Strauß beharrt also auf dem zwar völlig illusorischen, aber doch ihre Absichten entlarvenden Vorhaben, den Versuch zu unternehmen, von einzelnen sozialistischen Staaten durch die Aufnahme normaler Beziehungen zur Bundesrepublik auf dem Boden der Bonner Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen und der Alleinvertretungsanmaßung sozusagen eine indirekte Bestätigung und Billigung dieser revanchistischen Grundpositionen Bonns zu erhalten. Kiesinger brachte diese Absicht hinreichend deutlich in einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ zum Ausdruck: „Unter bestimmten Voraussetzungen betrachte ich die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem einen oder anderen Land Osteuropas für wünschenswert. Man muß aber natürlich daran denken, daß so etwas differenziert und behutsam gemacht werden muß. Vor allem muß vermieden werden, daß eine Kettenreaktion von völkerrechtlichen Anerkennungen der Zone (gemeint ist die DDR – H. Kr.) die Folge ist.“⁹³

Schließlich tritt in der Regierungserklärung Kiesingers vom 13. Dezember 1966 auch völlig eindeutig wieder der alte Plan zutage, den Angriff auf das sozialistische Lager in Europa mit der Isolierung und inneren Aufweichung der DDR, ihrer Liquidierung und der Eingliederung ihres Potentials in den Machtbereich des westdeutschen Imperialismus zu beginnen, um von der dadurch gewonnenen Ausgangsposition aus die traditionelle Expansionspolitik nach Osten unter günstigeren Bedingungen wieder aufnehmen zu können. Eben deshalb vermeidet Herr Kiesinger sorgfältig eine klare Gewaltverzichtserklärung auch gegenüber der DDR, eben deshalb hält er an der unsin-

⁹² Vgl. Die Welt vom 14. 12. 1966, S. 7.

⁹³ Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 5. 12. 1966, zit. nach: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1966, Nr. 154, vom 7. 12. 1966, S. 1239.

nigen These von ihrer völkerrechtlichen „Nichtexistenz“ fest, eben deshalb redet er von „menschlichen“ Beziehungen zu den Bürgern der DDR bei gleichzeitiger Diffamierung der Staats- und Gesellschaftsordnung, die sie sich in freier Selbstbestimmung gegeben haben und zu der sie sich täglich durch ihre schöpferischen Leistungen beim Aufbau des Sozialismus bekennen. Und eben deshalb hält er an der alten verlogenen Behauptung fest, die Spaltung Deutschlands sei die Ursache der Spannungen in Europa; denn mit dieser Geschichtsfälschung soll nicht nur die wirkliche Spannungsursache, nämlich die revanchistische, eine Veränderung des Status quo in Europa erstrebende Bonner Politik und die ihr dienende „Formierung“ der Herrschaft der aggressivsten Gruppen der westdeutschen Monopolbourgeoisie verdeckt werden, sondern mit ihr soll insbesondere auch die bekannte These begründet werden, eine europäische Entspannung setze die Beseitigung des – wie Herr Kiesinger sagt – „Unruheherdes der deutschen Teilung“⁹⁴ voraus – natürlich nach dem Bonner Konzept der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik.

Zusammengefaßt bedeutet das alles: Auch für die Regierung Kiesinger-Strauß bleibt es bei der Nichtanerkennung des Status quo und der bestehenden Grenzen in Europa. Es bleibt bei der Alleinvertretungsanmaßung der Bundesrepublik, und zwar – da die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges getroffenen Grenzfestlegungen nicht anerkannt werden – im territorialen Rahmen des ehemaligen Deutschen Reiches. Es bleibt damit bei der Annexionspolitik gegenüber Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages. Es bleibt bei dem politischen, ökonomischen und auch militärischen Angriffsplan gegen die sozialistischen Länder, der mit dem Angriff gegen die DDR eingeleitet werden soll. Es bleibt folglich – entgegen allen schönen Worten – bei der grundsätzlichen Linie, die Spannungen in Europa zu erhalten und zu verschärfen und hier einen Konflikttherd zu entwickeln.

So zeigt sich in allen prinzipiellen Fragen, in der Gesamtkonzeption der westdeutschen Ostpolitik ein eindeutiges Festhalten auch der Regierung Kiesinger-Strauß an der 1961 vom Bundestag festgelegten Grundlinie. Das entspricht völlig der generellen Erscheinung, daß „das Gesamtprogramm der neuen Bonner Regierung – trotz einiger sozialdemokratischer Minister – . . . innenpolitisch wie außenpolitisch im wesentlichen das revanchistische und sozialreaktionäre Pro-

⁹⁴ Vgl. Die Welt vom 14. 12. 1966, S. 7.

gramm der CDU/CSU-Führung, also das Programm eines ausgeprägten Rechtskurses“ ist.⁹⁵

Diesen Sachverhalt hat der SP-Vorsitzende und neue Außenminister Willy Brandt im Grunde auch ganz offen zugegeben. In einem Fernsehgespräch antwortete er auf die Frage, ob die neue Regierung eine neue Außenpolitik betreiben werde, mit den Worten: „Was heißt neue Außenpolitik? . . . Es gibt bestimmte Größen in der Welt, in der wir leben, mit denen wir arbeiten müssen, und daraus ergibt sich schon, daß man nicht eine völlig neue Außenpolitik machen kann. . . . Es gibt keine eigentlichen Streitfragen in der Regierung. . . . Wir werden hier nichts über den Haufen werfen. Aber wir werden . . . einige Akzente etwas anders und hier und da etwas deutlicher setzen.“⁹⁶

Mit diesen Worten bestätigte Brandt eindeutig die Tatsache des völligen Verzichts der SP-Führung auf eine sozialdemokratische Alternative zu der bankrotten CDU/CSU-Politik, den *vollständigen Übergang der rechten sozialdemokratischen Führer auf die Positionen von Strauß und Kiesinger* und ihre Absicht, den hoffnungslosen Versuch zu unternehmen, diese objektiv längst gescheiterte Politik auf Kosten der Sicherheit des deutschen und aller europäischen Völker zu retten. Er bestätigte damit ausdrücklich die zwingenden und – wie aus seiner Erklärung hervorgeht – von diesen rechten SP-Führern auch gewollten Konsequenzen ihres Eintritts in die Kiesinger-Strauß-Regierung und ihrer Unterordnung unter die alleinige Richtlinienkompetenz eines CDU-Bundeskanzlers nach Art. 65 des Grundgesetzes.

Aber man muß über diese Kontinuität der Bonner Ostpolitik hinaus feststellen, daß das Programm der Regierung Kiesinger-Strauß *nicht nur eine einfache Weiterführung der alten revanchistischen Grundlinie* mit verstärkten demagogischen Elementen darstellt, sondern daß gerade mit Hilfe der „Großen Koalition“ offensichtlich eine *forcierte Durchsetzung dieser aggressiven*, die Sicherheit aller europäischen Völker bedrohenden Politik erstrebt wird. Das Bündnis zwischen den Gruppen um Strauß und Wehner bedeutet die Schaffung einer Einheitsfront der extrem rechten Kräfte sowohl in der CDU/CSU als auch in der SP-Führung. Die Koalition zwi-

schen der CDU/CSU und der SP-Führung stellt einen wesentlichen weiteren Schritt zur Ausschaltung jeder legalen Opposition gegen den nationalistischen, revanchistischen und aggressiven Rechtskurs der Ton angehenden CDU-Kreise zur Formierung der Reaktion dar. Sie dient der Sicherung der Möglichkeiten, die zur Durchsetzung dieser Politik nach innen und zu ihrer Realisierung nach außen notwendigen Maßnahmen – wie die Vollendung der Notstandsdictatur, die Abwälzung der finanziellen Lasten auf die Werktätigen und eine auf die Bedürfnisse der Monopolherrschaft zugeschnittene Wahlrechtsreform – schnell und reibungslos durchzuführen. Mit Hilfe der rechten SP-Führung sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden, um die geeigneten Ausgangspositionen für Strauß' „Fall Rot“ zu gewinnen, das heißt, gerade durch die Einbeziehung der SP-Führer soll die revanchistische Politik wirksamer realisiert und der Widerstand der Bevölkerung paralytisiert werden.

Das alles zeigt, daß in der nächsten Entwicklungsetappe mit einem von einer Welle des Nationalismus und Chauvinismus begleiteten verschärften Kampf des westdeutschen Imperialismus um die Vorherrschaft in Europa, mit einer Verstärkung seiner Störenfried-Rolle gegen die europäische Sicherheit gerechnet werden muß. Es ist offensichtlich, daß man in Bonn die direkten und indirekten Angriffe gegen die DDR intensivieren wird, in der Absicht, sie schrittweise aus dem sozialistischen Lager zu lösen, um so dessen Grenzen nach Osten zurückzuschieben und seine Potenzen zu schwächen und um gleichzeitig das ökonomische und militärische Potential der DDR in das des westdeutschen Imperialismus einzugliedern.

Gewiß wird diese im Grunde eine Flucht nach vorn darstellende Politik die tiefen nationalen und internationalen Widersprüche, in die sich gerade die Bonner Ostpolitik schon heute verstrickt sieht, keinesfalls überwinden können. Im Gegenteil, sie wird sie notwendigerweise weiter verschärfen und zuspitzen und neue zusätzliche Widersprüche hervorrufen. Die Regierung Kiesinger-Strauß hat mit ihrem Programm zweifellos genausowenig Erfolgchancen und Perspektiven wie die Regierungen Adenauer und Erhard. Sie wird letztlich nur dazu beitragen, den völligen Bankrott der ostpolitischen Konzeption Bonns noch offener zu machen und immer sichtbarer werden zu lassen, daß nicht taktische Winkelzüge und demagogische Täuschungsmanöver die Bundesrepublik aus der krisenhaften inneren Entwicklung und der wachsenden äußeren Isolierung herausführen können,

⁹⁵ W. Ulbricht in seiner Diskussionsrede auf der 14. Tagung des ZK der SED, Neues Deutschland vom 18. 12. 1966, S. 6.

⁹⁶ Vgl. Fernsehgespräch mit dem II. westdeutschen Fernsehen vom 8. 12. 1966.

sondern nur eine grundsätzliche Wende in ihrer politischen Haltung. Diese Wende aber erfordert in erster Linie eine klare Absage an jeden Revanchismus und Expansionsdrang, eine vollständige Aufgabe der Alleinvertretungsanmaßung mit allen ihren Konsequenzen, eine eindeutige Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Hoheitsrechte und die Respektierung der verbindlich festgelegten Grenzen in Europa.

Es ist ein Ausdruck dieser Notwendigkeit, ein Ausdruck der Intensivierung des Kampfes für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa, des wachsenden Willens nicht nur der Völker Europas, sondern auch einer zunehmenden Anzahl von Regierungen europäischer Staaten, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu stabilisieren, und nicht zuletzt des steigenden internationalen Einflusses der Vorschläge der Staaten des Warschauer Vertrages in ihrer Bukarester Deklaration, daß sich auch in Westdeutschland Stimmen derjenigen mehren, die *echte Alternativen zu der revanchistischen Bonner Ostpolitik* vorschlagen und eine prinzipielle Abkehr von dieser ebenso gefährlichen wie aussichtslosen Politik fordern.

Diese Analyse der Bonner Ostpolitik hat nicht die Aufgabe, derartige – im einzelnen durchaus unterschiedliche – Vorschläge für eine wirkliche Entspannungs- und Verständigungspolitik in Europa darzustellen und näher zu untersuchen. Es kann jedoch als ein hoffnungsvoller Ausdruck des Wachstums der realen Möglichkeiten für eine Verständigung über zahlreiche Probleme eines europäischen Sicherheitssystem gewertet werden, daß wesentliche Elemente derartiger westdeutscher Überlegungen sich mit Vorstellungen decken, die den Vorschlägen der sozialistischen und anderen europäischen Staaten für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa zugrunde liegen.

V. Die Erfordernisse der europäischen Sicherheit und die Beziehungen zwischen Westdeutschland und den sozialistischen Staaten Europas

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein entscheidendes Grundproblem der Gewährleistung einer stabilen Friedensordnung in Europa in der Herstellung normaler, gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und *allen* sozialistischen Staaten Europas liegt. Mit anderen Worten: Es kann keine wirkliche Sicherheit in Europa geben, solange die Bundesrepublik an einer sogenannten Ostpolitik festhält, die darauf hinausläuft, den westlichsten sozialistischen Staat, die DDR, beseitigen, das sozialistische Lager aufspalten und in seinem Gesamtpotential schwächen und die innere Ordnung der sozialistischen Länder antasten zu wollen, das heißt, solange Bonn eine Politik des ständigen potentiellen Konflikts zwischen den Staaten der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation betreibt. Die Grundbedingung einer Entspannung und friedlichen Entwicklung in Europa ist daher die völlige Aufgabe dieser Bonner Politik und ihre Ersetzung durch eine aufrichtige, konstruktive Verständigungspolitik. Seitens der sozialistischen Staaten sind der westdeutschen Bundesrepublik dafür reale Vorschläge und Angebote unterbreitet worden.

1. Die Forderungen und Vorschläge der Bukarester Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa

Die in der Warschauer Vertragsorganisation vereinten sozialistischen Länder Europas, die zwei Drittel des europäischen Kontinents umfassen, über die Hälfte seiner Bevölkerung vertreten und zweifellos

die stärkste Macht Europas darstellen, haben in der „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ der Bukarester Tagung ihres Politischen Beratenden Ausschusses exakt die Forderungen an die westdeutsche Bundesrepublik ausgearbeitet, die sich vom Standpunkt der Gewährleistung der Sicherheit in Europa als unabdingbar erweisen. Sie haben sich zugleich zu einer gemeinsamen Politik zur Durchsetzung dieser Forderungen verpflichtet. Nach diesem Programm verlangen die Erfordernisse der europäischen Sicherheit von der Bundesrepublik in erster Linie:

die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten;

den Verzicht auf alle Forderungen nach einer Revision europäischer Grenzen;

die Aufgabe der Rechtsanmaßung, ganz Deutschland zu vertreten;

das Ablassen von allen Versuchen, auf andere Staaten Druck auszuüben, um sie von einer Anerkennung der DDR abzuhalten;

die Anerkennung der ursprünglichen Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938;

die Herstellung normaler Beziehungen auf der Basis gleichberechtigter Zusammenarbeit zu allen europäischen Staaten;

den Verzicht auf jede Form eines Zugangs zu Kernwaffen und die Bereitschaft zu vereinbarten Rüstungsbeschränkungen und Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr nuklearer Konflikte in Europa.⁹⁷

Es bedarf keiner näheren Begründung, daß die Realisierung dieser Forderungen eine fundamentale Voraussetzung für jede Stabilisierung der Sicherheit in Europa darstellt. Denn wie könnte diese erreicht werden, solange ein europäischer Staat, nämlich die Bundesrepublik, sich beharrlich weigert, den Status quo anzuerkennen, solange dieser Staat eine Korrektur der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und eine Veränderung der bestehenden Grenzen zu seinem politischen Programm erhebt und zu diesem Zweck ein Verfügungsrecht über den Einsatz nuklearer Waffen erstrebt, solange er Pläne zum Export der Konterrevolution in die sozialistischen Länder Europas entwickelt und ihre Verwirklichung betreibt und solange er das ebenso verbrecherische und irrsinnige wie den Frieden und das Leben der Völker Europas aufs höchste gefährdende Ziel verfolgt, das Bestehen und das weitere Voranschreiten des Sozialismus in Europa mit Mitteln der direkten oder indirekten Aggression wieder rückgängig zu machen.

⁹⁷ Vgl. Neues Deutschland vom 9. 7. 1966.

Mit den *gemeinsamen* Forderungen der Staaten des Warschauer Vertrages an die Bundesrepublik sind zugleich auch gemeinsame Positionen dieser Staaten zur Bonner Ostpolitik festgelegt. Sosehr die Interessen der europäischen Sicherheit die Herstellung normaler Beziehungen und einer gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, einschließlich der beiden deutschen Staaten, erfordern, sosehr gerade die sozialistischen Staaten entsprechend den Grundprinzipien ihrer Politik an solchen echten Beziehungen der friedlichen Koexistenz insbesondere auch auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet interessiert sind, sosehr sie bereit sind, derartige Beziehungen ungeachtet der Unterschiede in der sozialpolitischen Ordnung, in der Ideologie und den politischen Anschauungen der verschiedenen Staaten herzustellen und zu pflegen, so eindeutig klar ist es, daß derartige zwischenstaatliche Beziehungen, die der Festigung der europäischen Sicherheit dienen sollen, nicht auf einer Anerkennung oder Respektierung von politischen Positionen und Absichten der Bundesrepublik aufgebaut werden können, die gerade die Hauptfaktoren der bestehenden Unsicherheit und aktueller Konfliktgefahren in Europa darstellen. Es ist eine Heuchelei, wenn Bonn von dem Wunsch nach „gutnachbarlichen“ Beziehungen zu den sozialistischen Staaten redet, aber sich gleichzeitig weigert, die Existenz und die souveränen Rechte der DDR anzuerkennen und die Westgrenzen einiger dieser Staaten sowie die Westgrenze des ganzen sozialistischen Lagers als unantastbar zu respektieren, wenn ein Bonner Minister zwar in *einem* sozialistischen Land davon spricht, die Bundesregierung sei daran interessiert, daß die verschiedenen Systeme miteinander auskämen, Bonn aber gleichzeitig die Liquidierung des souveränen *deutschen* sozialistischen Staates zum vorrangigen Ziel erklärt und mit der gesamten Ostpolitik eine Zurückdrängung des Sozialismus in Europa und — wie das von Guttenberg nannte — „eine „grundlegende Änderung der Verhältnisse in Osteuropa“⁹⁸ erstrebt.

Die Staaten des Warschauer Vertrages haben in Bukarest ein ebenso eindeutiges und exaktes wie realistisches Programm zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit und zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit aller europäischen Völker und Staaten entwickelt. Diese Beschlüsse von Bukarest können und werden die Grundlagen

⁹⁸ Vgl. K. Th. von Guttenberg, a. a. O., S. 216 f.

für eine noch engere Zusammenarbeit der sozialistischen Länder Europas sowohl zur Herstellung normaler Beziehungen der friedlichen Koexistenz auch zur westdeutschen Bundesrepublik als auch zur Abwehr der Bonner Interventions- und Aggressionspolitik gegen das sozialistische Lager sein. Die sozialistischen Staaten haben nachdrücklich betont, daß sie stets bereit sein werden, alle sich in der westdeutschen Politik zeigenden Ansatzmöglichkeiten für einen Ausbau der politischen und insbesondere auch der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, die aus ehrlichem Verständigungswillen geboren sind und der gleichberechtigten Zusammenarbeit der Völker dienen, aufzugreifen und zu nutzen. Sie haben diesen Willen durch eine Vielzahl eigener Initiativen in dieser Richtung längst bewiesen. Sie haben aber ebenso nicht den mindesten Zweifel an ihrer Entschlossenheit gelassen, alle gegen ihre Einheit und Sicherheit gerichteten Anschläge gemeinsam zurückzudrängen. Sie werden — besonders angesichts des bedrohlichen Komplotts zwischen den USA und Westdeutschland und der dadurch erhöhten Gefährlichkeit der Bonner revanchistischen Ostpolitik — weitere Wege suchen und beschreiten müssen, um der verstärkten Zusammenarbeit der antisozialistischen Kräfte, deren Aktivitäten Bonn „koordinieren“ will, neue und höhere Formen der Abstimmung und Vereinigung ihres Handelns im Interesse der Festigung der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft und der weiteren Erhöhung ihres internationalen Einflusses sowie im Interesse der Gewährleistung der Sicherheit in Europa entgegenzusetzen.

Die Bukarester „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ stellt unmißverständlich klar, daß die Grundlagen, die wesentlichen Elemente und die gesamte Zielstellung der derzeitigen Bonner Ostpolitik mit den Erfordernissen der europäischen Sicherheit absolut unvereinbar sind und deshalb von den sozialistischen Ländern Europas nicht akzeptiert werden können und werden. Aber Bonn muß gegenwärtig darüber hinaus zur Kenntnis nehmen, daß sich auch in den kapitalistischen Ländern Europas, ja selbst in den mit Westdeutschland verbündeten NATO-Staaten immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß die entscheidende Ursache der Spannungen in Europa und das Haupthindernis für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems heute in der Bonner Revanchepolitik liegt. Es ist nicht zu verkennen und wird auch von den westdeutschen Regierungskreisen mit wachsender Unruhe und Besorgnis

H. D. H. H.
registriert, daß gerade in diesen Fragen die Bonner Positionen in Europa von Tag zu Tag schwächer werden. Insbesondere gilt das hinsichtlich des die Grundlage der gesamten westdeutschen Ostpolitik bildenden „Alleinvertretungsanspruchs“, in dem sich, wie Walter Ulbricht feststellte, „alle Elemente der Revanchepolitik und der europäischen Spannung“ vereinigen⁹⁹ und der ein Akt der juristischen Aggression und der Vorbereitung einer militärischen Aggression ist. Das Festhalten an dieser annexionistischen Rechtsanmaßung bringt gerade in letzter Zeit die Bundesrepublik in immer größere internationale Schwierigkeiten und in steigende Isolierungsgefahren, wie nicht zuletzt die nicht mehr aufzuhaltende Durchlöcherung der Hallstein-Doktrin zeigt. Solange man in Bonn diese aggressive Fiktion, die völkerrechtswidrigen Gebietsansprüche, die konterrevolutionäre Interventionspolitik gegen sozialistische Länder, die Konzeption eines „Zurückrollens“ des Sozialismus in Europa und die Forderungen nach atomarer Mitbestimmung aufrechterhält und zu praktizieren sucht, wird jede „Friedenserklärung“, jedes Bekenntnis zur europäischen Sicherheit als ungläubhaft und als pure Demagogie betrachtet werden müssen.

2. Das „Minimalprogramm“ der DDR — ein Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa

Mit vollem Recht hat deshalb der Außenminister der DDR, Otto Winzer, auf der 13. Tagung des Zentralkomitees der SED erklärt, daß die grundlegenden Forderungen, die die Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Länder des Warschauer Vertrages zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit an die westdeutsche Bundesregierung richtete, zugleich den „Prüfstein für ihre Ostpolitik“ bilden. „Lehnt die Bonner Regierung diese Vorschläge ab, so beweist sie nur, daß ihre sogenannte Ostpolitik tatsächlich aggressive imperialistische Ziele verfolgt. Die Akzeptierung dieser Vorschläge durch die westdeutsche Bundesrepublik hingegen würde es ermöglichen,

⁹⁹ Vgl. Referat auf der 13. Tagung des ZK der SED vom 16. 9. 1966 in: Neues Deutschland vom 17. 9. 1966.

daß die beiden deutschen Staaten den Weg der Verständigung beschreiten und damit einen ausschlaggebenden Beitrag zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa leisten.¹⁰⁰

Das Programm und die ersten politischen Aktionen der neuen westdeutschen Regierung Kiesinger-Strauß haben nicht nur nicht die geringsten Ansätze dafür gezeigt, daß diese Regierung bereit wäre, diesen „Prüfstein“ für ihre Ostpolitik gelten zu lassen. Im Gegenteil, sie beweisen, daß Bonn die gefährliche Expansionspolitik gegen das sozialistische Lager sogar zu forcieren trachtet. Insbesondere verstärkt die Regierung Kiesinger-Strauß einschließlich ihrer SP-Minister die Versuche, sich freie Hand für ihre Annexionspolitik gegen die DDR zu verschaffen und diese hinter verlogenen und jeder realen Grundlage entbehrenden Phrasen von „deutscher Einheit“ und „deutschen Gemeinsamkeiten“ zu verbergen. Das bedeutet aber, daß Bonn mit Hilfe gerade der rechten SP-Führer den Angriff auf die vorderste Position des Sozialismus in Europa und damit auf die Integrität aller sozialistischen Länder verschärft und so die Bedrohung der europäischen Sicherheit weiter erhöht. Unter diesen Umständen ist die Frage der Sicherheit der DDR zur Kernfrage der Sicherheit aller sozialistischen Staaten, ja zur Kernfrage der Sicherheit in Europa geworden.

In voller Übereinstimmung mit den Bukarester Beschlüssen der Staaten des Warschauer Vertrages zog daher der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR aus dieser Lage in seiner Diskussionsrede auf der 14. Tagung des ZK der SED und in seiner Neujahrsansprache die Schlußfolgerung, daß die Aufgabe der Bonner Alleinvertretungsanmaßung, der Annexionspolitik gegen die souveräne sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die Herstellung eines friedlichen Neben- und Miteinanderlebens der beiden deutschen Staaten eine Grundvoraussetzung für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa ist, daß solche Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten aber nicht denkbar sind, ohne eine Vereinbarung zwischen ihren Regierungen über die Aufnahme normaler zwischenstaatlicher Beziehungen.¹⁰¹

100 Diskussionsbeitrag auf der 13. Tagung des ZK der SED vom 15.-17. 9. 1966 in: Neues Deutschland vom 23. 9. 1966.

101 Vgl. Neues Deutschland vom 16. 12. 1966, S. 6, und Neues Deutschland vom 1. 1. 1967, S. 1 f.

Das von dieser Grundforderung ausgehende 10-Punkte-Programm Walter Ulbrichts für die allerersten, unvermeidlichen Schritte in der Frage der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten hat inzwischen die volle Zustimmung und Unterstützung nicht nur der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der ČSSR und anderer sozialistischer Staaten gefunden.¹⁰² Es ist vielmehr kennzeichnend für die Grundtendenz der internationalen Entwicklung in Europa, daß auch in den kapitalistischen Staaten, ja sogar in den europäischen NATO-Staaten die Erkenntnis wächst, daß die Haltung Bonns zur DDR zum entscheidenden Kriterium der Glaubwürdigkeit aller schönen Worte von Friedensliebe und Entspannungsbereitschaft geworden ist. So wurde zum Beispiel in einer Fernsehdiskussion des italienischen Fernsehens von Journalisten bürgerlicher Presseorgane eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß Bonn auch heute keine klare Politik gegenüber den osteuropäischen Ländern betreiben und betreiben könne, weil sich die westdeutsche Regierung immer noch der unvermeidlichen Anerkennung der DDR entziehen wolle.¹⁰³

Ähnliche Stimmen gibt es bis hinein in die Regierungsparteien anderer NATO-Staaten wie zum Beispiel Dänemarks, Norwegens, Belgiens, der Niederlande usw.

So zeigt sich schon heute, daß auch die sogenannte Ostpolitik der Kiesinger-Strauß-Regierung — trotz aller Versuche, neue taktische Wege einzuschlagen und raffiniertere Methoden der demagogischen Verbrämung ihrer wahren Ziele anzuwenden — letztlich genau so scheitern wird wie die Politik Adenauers und Erhards. Es gibt für Bonn nur einen Ausweg aus dieser selbstgeschaffenen Sackgasse und nur einen realen Weg zu einer der Festigung der europäischen Sicherheit dienenden, Bonn aus der Isolierung herausführenden Ostpolitik und damit zur Anbahnung eines friedlichen Miteinanderlebens der beiden deutschen Staaten, den Weg, den die Bukarester Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten und auf ihrer Grundlage das 10-Punkte-Programm der Neujahrsansprache Walter Ulbrichts weisen. Die wichtigsten ersten Schritte auf ihm müssen sein:

102 Vgl. z. B. Rede von L. Breshnew in Gorki in: Neues Deutschland vom 14. 1. 1967, S. 6; J. Cyrankiewicz in: Neues Deutschland vom 14. 9. 1966; A. Rapacki in Paris am 27. 1. 1967 in: Neues Deutschland vom 29. 1. 1967, S. 5 und vom 31. 1. 1967, S. 7; O. Klicka in: Neues Deutschland vom 31. 12. 1966; A. Novotný am 31. 1. 1967 auf dem Gewerkschaftskongreß der ČSSR sowie Kommentar dazu von Rudè právo in: Neues Deutschland vom 2. 2. 1967.

103 Vgl. ADN-Meldung vom 24. 1. 1967.

- „— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten treffen eine Vereinbarung über die Aufnahme normaler Beziehungen zueinander.
- Die Regierungen der beiden deutschen Staaten schließen einen Vertrag, der den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen zum Inhalt hat.
- Die Regierungen der beiden deutschen Staaten anerkennen in gleichlautenden vereinbarten Erklärungen die gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa.
- Die Regierungen der beiden deutschen Staaten vereinbaren vertraglich die Herabsetzung ihrer Rüstungsausgaben um jeweils die Hälfte.
- Die Regierungen der beiden deutschen Staaten erklären ihren Verzicht auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen in irgendeiner Form. Zugleich vereinbaren und versichern sie verbindlich in gleichlautenden und gleichzeitigen Erklärungen ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone in Europa.
- Die Regierungen beider deutscher Staaten setzen sich für die Herstellung normaler Beziehungen beider deutscher Staaten zu allen anderen europäischen Staaten und für die Herstellung diplomatischer Beziehungen aller europäischen Staaten zu beiden deutschen Staaten ein.
- Die Regierungen der beiden deutschen Staaten schließen einen Vertrag, durch den sie sich verpflichten, gemeinsam und gleichzeitig für beide deutsche Staaten den Status einer von den Mächten garantierten Neutralität anzunehmen.
- Die Regierungen der beiden deutschen Staaten schließen einen Vertrag, in welchem sie sich zur Respektierung der unabhängigen Entwicklung Westberlins als besonderes eigenständiges Territorium verpflichten.“¹⁰⁴

Anhang

¹⁰⁴ Vgl. Neues Deutschland vom 1. 1. 1967, S. 2.

Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand — die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken —, die auf der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertreten sind, nehmen folgende Deklaration an:

I.

Die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit in Europa entspricht dem sehnlichsten Streben aller Völker des europäischen Kontinents und den Interessen des Weltfriedens.

Die Völker Europas, die einen großen Beitrag für den Fortschritt der Menschheit geleistet haben und leisten, können und müssen in diesem Teil des Erdballs ein Klima der Entspannung und der internationalen Verständigung schaffen, das die volle Nutzung der materiellen und geistigen Ressourcen jedes Volkes und jedes Landes entsprechend seinem Willen und seinem Entschluß gestattet.

Der Charakter der Beziehungen zwischen den europäischen Ländern beeinflusst in großem Maße die Lage in der ganzen Welt. Niemals darf vergessen werden, daß zwei Weltkriege, die Dutzende Millionen Menschenleben gekostet und riesige Zerstörungen verursacht haben, auf dem europäischen Kontinent ausgebrochen sind.

Das Problem der europäischen Sicherheit existiert nicht erst seit heute oder gestern. Es wurde vor einem halben Jahrhundert mit

dem Beginn des ersten Weltkrieges auf die Tagesordnung gesetzt. In all seiner lebenswichtigen Bedeutung erhob es sich vor den Völkern zwei Jahrzehnte später, als Europa und die Welt sich der Bestie des Faschismus gegenübersehen, die einen Staat nach dem anderen unterwarf.

In dem ihnen aufgezwungenen Ringen auf Leben und Tod waren die Völker von der Hoffnung beflügelt, damit den letzten Weltkrieg zu führen. 1945 schien das Ziel, die Gewährleistung der europäischen Sicherheit, nahe, schienen die Wege dahin gebahnt. Der deutsche Faschismus war geschlagen und harrte seiner Aburteilung. Die Gerechtigkeit hatte gesiegt. Die Völker, die eben erst den in seiner Grausamkeit beispiellosen Krieg gegen Hitlerdeutschland durchlebt hatten, forderten, alles zu tun, damit die Kräfte des Militarismus und der Aggression nicht erneut das friedliche Leben und die schöpferische Arbeit unserer und kommender Generationen stören können. Das Potsdamer Abkommen, daß die Bündnisbeziehungen der Mächte der Anti-Hitler-Koalition krönte, verkündete ein umfassendes zukunftsweisendes Programm zur Festigung des Friedens. Zum ersten Male in der Geschichte erhielt Europa die reale Möglichkeit, das Problem seiner eigenen Sicherheit zu lösen. Damit wurde allgemein anerkannt, daß die Hauptbedingung für die Sicherheit in Europa darin besteht, die Wiedergeburt des deutschen Militarismus und Nazismus nicht zuzulassen und zu gewährleisten, daß Deutschland niemals wieder seine Nachbarn oder den Weltfrieden bedroht. Es gab auch keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die Erfüllung dieser Hauptbedingung die ehrliche und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas, zwischen allen an der Erhaltung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt interessierten Staaten voraussetzt. Die Ereignisse erfüllten diese Erwartungen nicht. Die Hoffnungen der Völker Europas wurden enttäuscht. Ihr Streben nach einem Leben frei von Furcht vor einem Krieg hat sich bis heute nicht erfüllt. Die Verantwortung dafür tragen die Mächte, die unmittelbar nach dem Sieg über die deutschen Aggressoren die in der großen Anti-Hitler-Koalition geschmiedete Zusammenarbeit aufgaben, nicht den gemeinsamen Weg zur Errichtung einer Friedensordnung in Europa einschlugen und sogar selbst zu Verfechtern einer aggressiven Politik wurden.

Jetzt, zwei Jahrzehnte nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges, sind seine Folgen in Europa noch immer nicht beseitigt. Es gibt

keinen deutschen Friedensvertrag. Es existieren nach wie vor Spannungsherde, anomale Situationen in den Beziehungen zwischen den Staaten.

Die sozialistischen Staaten, Unterzeichner dieser Deklaration, sind der Auffassung, daß zur Überwindung dieser Situation sowie zur Schaffung fester Grundlagen für den Frieden und die Sicherheit in Europa zwischenstaatliche Beziehungen erforderlich sind, die — unter Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt — von der Notwendigkeit ausgehen, internationale Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen. Sie müssen auf den Prinzipien der Souveränität und nationalen Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf der Achtung der territorialen Integrität beruhen. Es muß das Bestreben der europäischen Staaten sein, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die die Gefahr der Entstehung bewaffneter Konflikte in Europa ausschalten und die europäische kollektive Sicherheit festigen. Die Verwirklichung des allgemeinen Strebens aller europäischen Staaten setzt Verantwortungsbewußtsein und den Beitrag jedes Staates, ob groß oder klein, unabhängig von seinem Gesellschaftssystem, zur Entwicklung einer würdigen Zusammenarbeit zwischen souveränen, unabhängigen und gleichberechtigten Staaten voraus.

Nach Auffassung der Teilnehmerstaaten dieser Beratung macht es die gegenwärtige Situation erforderlich, daß alle Völker Europas, alle friedliebenden Kräfte, noch entschlossener und aktiver für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa kämpfen.

II.

Eines der bestimmenden Merkmale der gegenwärtigen internationalen Lage ist das Anwachsen der Kräfte, die für die Erhaltung und Festigung des Friedens eintreten. Gegen die imperialistische Politik der Aggression und für die Gewährleistung der Sicherheit der Völker kämpfen entschieden die sozialistischen Staaten mit ihrer gewaltigen ökonomischen, politischen und militärischen Macht, die internationale Arbeiterklasse unter Führung ihrer kommunistischen Parteien, die nationale Befreiungsbewegung, die neuen Staaten, die in den letzten Jahren ihre Unabhängigkeit errungen haben, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der ganzen Welt. Immer mehr zeigen und entwickeln sich in Europa Tendenzen, die Überreste des kalten Krieges und die Hindernisse zu beseitigen, die einer normalen Ent-

wicklung der europäischen Zusammenarbeit entgegenstehen, die Streitfragen auf dem Wege der Verständigung zu lösen sowie das internationale Leben zu normalisieren und die Völker einander näherzubringen.

Diesem Kurs stemmen sich die reaktionären imperialistischen Kräfte entgegen, die aggressive Ziele verfolgen und die bestrebt sind, die Spannungen zu verschärfen und die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten zu vergiften.

Eine direkte Bedrohung des Friedens in Europa und der Sicherheit der europäischen Völker stellt die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten von Amerika dar. Das ist die gleiche Politik, die in einem anderen Teil der Welt – in Südostasien – bereits zur Entfesselung eines Aggressionskrieges gegen das vietnamesische Volk geführt hat und die in den letzten Jahren wiederholt die Beziehungen zwischen den Staaten bis zu internationalen Krisen getrieben hat. Die Vereinigten Staaten mischen sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, verletzen das heilige Recht eines jeden Volkes, sein Schicksal selbst zu entscheiden, nehmen Zuflucht zu kolonialen Repressalien und bewaffneten Interventionen, inszenieren in verschiedenen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Verschwörungen und unterstützen überall die reaktionären Kräfte und die den Völkern verhaßten korrupten Regimes. Zweifellos haben die Ziele der Politik der USA in Europa mit den Lebensinteressen der europäischen Völker, mit den Aufgaben der Sicherheit Europas nichts gemein. Die amerikanischen herrschenden Kreise möchten ihren Verbündeten in Westeuropa ihren Willen aufzwingen, um Westeuropa zu einem Werkzeug der globalen Politik der USA machen zu können. Dieser Politik liegt das Bestreben zugrunde, den historischen Prozeß der nationalen und sozialen Befreiung der Völker aufzuhalten, ja rückgängig zu machen. Daher die Versuche, einige westeuropäische Staaten in militärische Abenteuer sogar in anderen Teilen der Welt, insbesondere in Asien, hineinzuziehen.

Die aggressiven Kräfte der USA, die von den reaktionären Kräften Westeuropas unterstützt werden, versuchen, mit Hilfe des nordatlantischen Militärbündnisses und der von ihm geschaffenen Militärmaschinerie die Spaltung Europas mehr und mehr zu vertiefen, das Wettrüsten anzuhetzen, die internationale Spannung zu verschärfen und die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den Staaten West- und Osteuropas zu verhindern.

Für diese Ziele, die mit den echten Sicherheitsinteressen der Völker Europas unvereinbar sind, stehen heute noch Truppen der Vereinigten Staaten in Europa, gibt es in westeuropäischen Ländern Militärstützpunkte der USA, werden Kernwaffenlager angelegt und Atom-U-Boote in die europäischen Meere entsandt, kreuzt im Mittelmeer die 6. amerikanische Flotte und fliegen im Luftraum europäischer Länder Flugzeuge mit Atombomben an Bord.

Diese in den Nachkriegsjahren von den USA in Europa verfolgte Politik ist für die europäischen Völker um so gefährlicher, als sie sich immer stärker auf ein Komplott mit den militaristischen und revanchistischen Kräften Westdeutschlands stützt. Diese Kreise drängen die USA geradezu, in Europa einen noch gefährlicheren Kurs einzuschlagen. Diese Politik findet ihren Ausdruck in der sich abzeichnenden Bildung einer Art Bündnis zwischen den amerikanischen Imperialisten und den westdeutschen Revanchisten. Die militärischen und revanchistischen Kreise Westdeutschlands sind nicht bereit, den Lebensinteressen des deutschen Volkes selbst Rechnung zu tragen. Sie verfolgen aggressive Ziele, die in allen ihren Handlungen zutage treten: In der Umstellung ihres Wirtschaftspotentials des Landes auf Rüstungsproduktion, in der Schaffung der 500 000 Mann starken Bundeswehr, in der Verherrlichung der Geschichte der deutschen Eroberungskriege und in der Kultivierung des Hasses gegen andere Völker, nach deren Gebieten die genannten Kreise der westdeutschen Bundesrepublik erneut die Hände ausstrecken.

Im Brennpunkt dieser Politik steht gegenwärtig die Forderung nach dem Besitz von Kernwaffen. In der westdeutschen Bundesrepublik wird offen und insgeheim die Schaffung einer wissenschaftlich-technischen und industriellen Basis forciert, die zu einem bestimmten Moment der Herstellung eigener Atom- und Wasserstoffbomben dienen würde. Den gemeinsamen Anstrengungen der friedliebenden Staaten und Völker ist es bisher gelungen, die Schaffung vereinigter Kernstreitkräfte der NATO aufzuhalten, die der westdeutschen Bundesrepublik die Möglichkeit des Zugangs zu Kernwaffen geben würde. Diese Pläne sind jedoch noch nicht aufgegeben.

Die ureigensten Interessen aller Völker gebieten es, auf die Pläne zur Schaffung einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO zu verzichten. Sollten jedoch die Mitgliedstaaten der NATO im Widerspruch zu den Interessen des Friedens dazu übergehen, die Pläne für eine multilaterale Kernstreitmacht oder den Zugang Westdeutsch-

lands zu Kernwaffen zu verwirklichen, gleichviel in welcher Form das geschehen mag, so werden die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages angesichts der ernstesten Folgen, die dies für den Frieden und die Sicherheit in Europa haben würde, genötigt sein, die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu treffen.

Die territorialen Ansprüche der westdeutschen Revanchisten müssen entschieden zurückgewiesen werden. Sie sind absolut unbegründet und ohne jede Perspektive. Die Frage der Grenzen in Europa ist endgültig und unwiderruflich gelöst. Die Völker Europas sind in der Lage, dem Revanchismus den Weg zu verlegen.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist die Unantastbarkeit der zwischen den europäischen Staaten bestehenden Grenzen, einschließlich der Grenzen der souveränen Deutschen Demokratischen Republik, Polens und der Tschechoslowakei. Die auf dieser Tagung vertretenen Staaten bekräftigen ihre Entschlossenheit, jegliche Aggression, die seitens der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion gegen sie geführt wird, zu zerschlagen.

Ihrerseits erklären die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, daß sie gegenüber keinem Staat Europas irgendwelche Gebietsforderungen haben.

Die vom deutschen Imperialismus betriebene Politik des Revanchismus und Militarismus ist stets gescheitert. Bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Welt und in Europa bringt eine solche Politik der westdeutschen Bundesrepublik nicht nur keine Vorteile und keinen Gewinn, sondern ist mit nicht wiedergutzumachenden Folgen für die westdeutsche Bundesrepublik selbst verbunden.

Die Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt, wie auch die Interessen des deutschen Volkes erfordern, daß die regierenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik der realen Lage in Europa Rechnung tragen. Das bedeutet: Sie müssen von der Tatsache ausgehen, daß zwei deutsche Staaten bestehen; sie müssen die Forderungen auf Revision der europäischen Grenzen, die Anmaßung, ganz Deutschland zu vertreten, und die Versuche, Druck auf andere Staaten auszuüben, die die Deutsche Demokratische Republik anerkennen wollen, aufgeben. Sie müssen sich vom verbrecherischen Münchner Diktat lossagen und anerkennen, daß es von Anfang an rechtsungültig war. Sie müssen in der

Tat beweisen, daß sie wirklich Lehren aus der Geschichte ziehen, mit dem Militarismus und Revanchismus Schluß machen und eine Politik der Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten, der Entwicklung der Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Völkern durchführen werden.

Die Deutsche Demokratische Republik, die ein wichtiger Faktor zur Gewährleistung des Friedens in Europa ist, hat sich mit konstruktiven Vorschlägen an die Regierung und den Bundestag der westdeutschen Bundesrepublik gewandt: beiderseitiger Verzicht auf Kernwaffen, Reduzierung der Armeen beider deutscher Staaten, gegenseitiger Gewaltverzicht, Aufnahme von Verhandlungen zur Lösung der herangereiften nationalen Fragen, die sowohl die DDR als auch die westdeutsche Bundesrepublik interessieren. Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik zeigt jedoch kein Interesse an diesen Vorschlägen. Die Unterzeichnerstaaten der Deklaration unterstützen die genannten Initiativen der Deutschen Demokratischen Republik.

Die auf der Beratung vertretenen Staaten haben die gegenwärtige Lage in Europa allseitig erörtert und die grundlegenden Faktoren, die ihre Entwicklung bestimmen, analysiert. Sie sind zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es möglich ist, eine unerwünschte Entwicklung der Ereignisse in Europa, wo ein guter Teil der Staaten sozialistische Länder sind, abzuwenden. Durch gemeinsame Anstrengungen der europäischen Staaten, aller gesellschaftlichen Kräfte, die – unabhängig von ihren ideologischen Positionen, religiösen und anderen Überzeugungen – für den Frieden eintreten, kann das Problem der europäischen Sicherheit gelöst werden. Diese Aufgabe wird um so erfolgreicher verwirklicht werden können, je schneller der Einfluß der Kräfte, die eine weitere Verschärfung der Spannungen zwischen den europäischen Staaten betreiben möchten, paralyisiert wird.

In der Nachkriegszeit ist es wiederholt gelungen, die Pläne zur Untergrabung des Friedens in Europa zum Scheitern zu bringen. Von entscheidender Bedeutung dafür waren die Einheit und Solidarität der europäischen sozialistischen Staaten, aller Länder des Sozialismus, ihre friedliebende Außenpolitik bei Aufrechterhaltung der Wachsamkeit gegenüber den potentiellen Friedensstörern, ihre Bereitschaft, mit allen Staaten zusammenzuarbeiten, die ihrerseits zur Festigung der europäischen Sicherheit beitragen wollen.

Auf dieses Ziel sind auch die energischen Anstrengungen der Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder und ihrer Vorhut, der demokratischen fortschrittlichen Organisationen und der Friedensbewegung gerichtet, die der öffentlichen Meinung der breitesten werktätigen Massen ihr Gepräge verleihen.

Ein wichtiger Faktor, der die Verwirklichung militärischer Abenteuer in Europa immer mehr erschwert, ist der wachsende Einfluß jener Kräfte in den westeuropäischen Staaten, die die Notwendigkeit erkennen, über Meinungsverschiedenheiten in den politischen Anschauungen und Überzeugungen hinweg für eine internationale Entspannung, für eine allseitige Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen allen Staaten Europas ohne Diskriminierung, für die völlige Unabhängigkeit ihrer Länder und die Wahrung ihrer nationalen Würde einzutreten.

Die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration betrachten es als positiv, daß in der westdeutschen Bundesrepublik Kreise existieren, die gegen Revanchismus und Militarismus auftreten, die Herstellung normaler Beziehungen sowohl zu den Ländern des Westens als auch des Ostens, einschließlich normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, fordern und die für die internationale Entspannung und Gewährleistung der europäischen Sicherheit eintreten, damit allen Deutschen die Wohltaten des Friedens zugute kommen. Der Einfluß der Kräfte, die für Frieden und Sicherheit in Europa eintreten, macht sich von Tag zu Tag mehr bemerkbar, während die Verfechter des aggressiven Kurses an Einfluß zu verlieren beginnen. Immer mehr europäische Staaten und Völker erkennen, von wo für jeden einzelnen und für Europa insgesamt die Gefahr wirklich ausgeht und was erforderlich ist, um die Sicherheit aller europäischen Staaten zu gewährleisten. Die Teilnehmer der Beratung gehen davon aus, daß jeder europäische Staat berufen ist, die ihm gebührende Rolle in den internationalen Angelegenheiten zu spielen und gleichberechtigter Teilnehmer am Aufbau eines solchen Systems gegenseitiger Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten in Europa zu sein, in dem die Sicherheit jedes einzelnen gleichzeitig die Sicherheit aller wäre. Die europäischen Staaten sind imstande, die Fragen ihrer gegenseitigen Beziehungen ohne Einmischung von außen zu lösen.

Die sozialistischen Länder sind der Auffassung, daß es eine der Grundbedingungen für die Verwirklichung der europäischen Sicherheit ist, normale Beziehungen zwischen den Staaten herzustellen

und zu entwickeln, denen die Achtung der Prinzipien der Souveränität und nationalen Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und des gegenseitigen Nutzens zugrunde liegt. Die Situation in Europa beweist, daß diese Prinzipien als vernünftige Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den Völkern und die Verbesserung der internationalen Lage ungeachtet verschiedener Hindernisse, zunehmende Anerkennung finden.

Außerordentlich bedeutsam ist die Stärkung der auf den Schutz des Friedens gerichteten politischen Beziehungen zwischen den Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung. Die durch traditionelle Handelsverbindungen miteinander verbundenen europäischen Staaten können bei der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils nur gewinnen. Die Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Staaten, die Beseitigung der Diskriminierung und der Hindernisse auf diesem Gebiet sind ein besonders wichtiger Faktor für die Annäherung sowie für die Schaffung einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und des Verständnisses zwischen den Völkern. Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Ländern ermöglicht ihnen, ihren Warenaustausch mit Partnern aus anderen Teilen der Welt zu erweitern. Diese Beziehungen, in Verbindung mit der allseitigen Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit, die ein besseres Kennenlernen der Völker ermöglichen, können allmählich zur materiellen Grundlage für die Festigung des Weltfriedens werden. Ungeachtet der Unterschiede in ihrer sozialpolitischen Ordnung, in ihrer Ideologie und in ihren politischen Anschauungen haben die europäischen Völker ein gemeinsames Anliegen, das den Lebensinteressen aller entspricht: die Aufgabe, keine Verletzung des Friedens in Europa zuzulassen, die Kräfte der Aggression zu bändigen.

III.

Die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration sind der Auffassung, daß die gegenwärtig entstehende Lage aktive Handlungen von allen europäischen Staaten erfordert, die auf die Festigung des europäischen Friedens gerichtet sind. Die Regierungen der europäischen Staaten können sich nicht auf die beschwichtigenden Beteuerungen jener verlassen, die sich mit Plänen für eine Aggression tragen. Sie

können den Erklärungen derjenigen keinen Glauben schenken, die eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges anstreben und vorgeben, Kernwaffen nur für die eigene Sicherheit zu benötigen. Sie können nicht passiv bleiben, weil sie damit – gewollt oder ungewollt – die Kräfte ermuntern, die Europa zur Stätte eines verheerenden Kernwaffenkonflikts machen wollen.

Die Regierungen der europäischen Staaten, die sich ihrer hohen Verantwortung vor den Völkern bewußt sind, müssen Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, eine Wende zur Minderung der Spannungen in Europa, zur Festigung der Sicherheit, zur Entwicklung einer friedlichen gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten herbeizuführen.

Europa steht nicht das erste Mal vor dieser Aufgabe. Der erste und zweite Weltkrieg wurde von den aggressiven Kräften insgeheim unter dem Deckmantel betrügerischer Erklärungen über friedliche Absichten vorbereitet. Um die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern, wurde jedesmal ein gigantischer Apparat der Propaganda und Desinformation eingesetzt. Das wurde von den Völkern durchschaut, aber erst dann, als bereits Millionen Menschen umgekommen waren und blühende Städte und Dörfer sich in Trümmerhaufen verwandelt hatten. Das darf sich – im Zeitalter der Kernenergie und mächtiger Raketen – ein drittes Mal nicht wiederholen.

Die Teilnehmerstaaten der Konferenz treten entschieden dafür ein, schneller konstruktive Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit in Europa zu verwirklichen. Sie sind davon überzeugt, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen die reale Möglichkeit gibt, solche Schritte zu tun. Sie sind bereit, zu diesem Zweck mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten. Die Schaffung dauerhafter Garantien für den Frieden und die Sicherheit in Europa ist eine wichtige Aufgabe, die die Teilnahme aller europäischen Staaten, eine geduldige und konstruktive Diskussion der Standpunkte mit dem Ziel erfordert, Lösungen zu erreichen, die allgemeine Zustimmung finden.

Die europäischen sozialistischen Länder sind mehrfach mit wohlbe-gründeten Vorschlägen aufgetreten, die ein konkretes Aktionsprogramm darstellen.

Die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration sind der Auffassung, daß Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit in Europa vor allem in folgenden Hauptrichtungen verwirklicht werden können und müssen:

1. Die Teilnehmerstaaten der Beratung rufen alle europäischen Staaten auf, gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils – auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung – zu entwickeln. Davon ausgehend treten sie für die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen und Handelsverbindungen ein, für eine Erweiterung der Kontakte und Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik, Kultur und Kunst sowie auf anderen Gebieten, die neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit der europäischen Länder eröffnen.

Es gibt kein Gebiet der friedlichen Zusammenarbeit, auf dem die europäischen Staaten nicht Möglichkeiten finden könnten, weitere Schritte zum gegenseitigen Vorteil zu tun. Die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit erfordert den Verzicht aller Staaten auf jedwede Diskriminierung und jedweden Druck – sei es politischer oder ökonomischer Art – gegenüber anderen Ländern, ihre gleichberechtigte Zusammenarbeit und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen ihnen, die Herstellung normaler Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten eingeschlossen.

Die Anbahnung und Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den europäischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen können ihre wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen aktivieren und damit die Möglichkeit der europäischen Staaten vergrößern, einen wirkungsvollen Beitrag zur Gesundung der Lage in Europa und zur Entwicklung des gegenseitigen Vertrauens sowie der gegenseitigen Achtung zu leisten.

2. Die sozialistischen Länder sind stets konsequent gegen die Teilung der Welt in Militärblöcke und -bündnisse und für die Beseitigung der Gefahren eingetreten, die sich daraus für den Weltfrieden und die Sicherheit ergeben.

Als Antwort auf die Gründung der aggressiven NATO-Militärgruppierung und die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO wurde der Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand – ein Verteidigungspakt souveräner und gleichberechtigter Staaten – abgeschlossen, der ein Instrument zum

Schutze der Sicherheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und des Friedens in Europa ist. Jedoch waren und sind die Mitgliedländer des Warschauer Vertrages der Auffassung, daß das Bestehen von Militärblöcken und Militärbasen auf Territorien anderer Staaten, die der Welt von den imperialistischen Kräften aufgezungen wurden, ein Hindernis auf dem Weg der Zusammenarbeit zwischen den Staaten ist. Eine echte Garantie für die Sicherheit und den Fortschritt jedes europäischen Landes kann nicht das Bestehen von Militärgruppierungen sein, die nicht den gegenwärtigen gesunden Tendenzen im internationalen Leben entsprechen, sondern muß die Errichtung eines wirksamen Systems der europäischen Sicherheit sein, das auf Beziehungen der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung zwischen allen Nationen des Kontinents sowie auf den vereinten Bemühungen aller europäischen Länder basiert.

Die Unterzeichnerländer der Deklaration sind der Meinung, daß die Notwendigkeit dafür herangereift ist, Maßnahmen zur Minderung vor allem der militärischen Spannung in Europa zu ergreifen. Ein radikales Mittel dazu wäre die gleichzeitige Auflösung der bestehenden Militärbündnisse, und die heutige Lage macht das möglich. Die Regierungen unserer Staaten haben wiederholt darauf hingewiesen, daß, falls der Nordatlantikkpakt seine Gültigkeit verliert, auch der Warschauer Vertrag außer Kraft treten wird und daß ihren Platz ein System der europäischen Sicherheit einnehmen muß. Jetzt bestätigen sie feierlich ihre Bereitschaft zur gleichzeitigen Liquidierung der genannten Bündnisse. Falls jedoch die Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrages nach wie vor nicht bereit sind, einer völligen und sofortigen Auflösung der militärischen Gruppierungen zuzustimmen, halten es die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration für zweckmäßig, bereits jetzt eine Vereinbarung über die Auflösung der Militärorganisationen sowohl des Nordatlantikkpakt als auch des Warschauer Vertrages zu erreichen. Jedoch erklären sie, daß, solange der Nordatlantikkpakt existiert und die aggressiven imperialistischen Kreise Anschläge auf den Frieden in der ganzen Welt verüben, die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Länder unter Beibehaltung ihrer hohen Wachsamkeit fest entschlossen sind, ihre Macht und Verteidigungsbereitschaft zu verstärken. Gleichzeitig erachten wir es für notwendig, daß alle Teilnehmerstaaten des Nordatlantikkpakt und des Warschauer Vertrages sowie die Länder, die keinem Militärbündnis angehören, auf zwei- oder mehrseitiger Grundlage

Anstrengungen unternehmen, um die Sache der europäischen Sicherheit vorwärtszubringen.

3. In unserer Zeit erlangen auch solche Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung auf dem europäischen Kontinent große Bedeutung wie:

Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte;

Abzug aller ausländischen Truppen von fremden Territorien bis hinter ihre nationalen Grenzen;

Verminderung der Zahl der Streitkräfte beider deutscher Staaten in vereinbartem Umfang und zu vereinbarten Fristen;

Maßnahmen, die auf die Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Konflikts gerichtet sind: die Bildung atomwaffenfreier Zonen, die Verpflichtung der Mächte, die Kernwaffen besitzen, diese Waffen nicht gegen Teilnehmerstaaten derartiger Zonen einzusetzen u. a.;

Einstellung von Flügen ausländischer Flugzeuge mit Atom- und Wasserstoffbomben an Bord über den Territorien der europäischen Staaten sowie des Anlaufens der Häfen dieser Staaten durch ausländische U-Boote und Überwasserschiffe mit Kernwaffen an Bord.

4. Angesichts der Gefahren, die für den Frieden in Europa durch die Bestrebungen der westdeutschen Bundesrepublik nach Kernwaffen entstehen, müssen die Staaten ihre Anstrengungen darauf richten, die Möglichkeiten auszuschließen, daß die westdeutsche Bundesrepublik in beliebiger Form – direkt oder indirekt durch Staaten-gruppierungen in ausschließlicher Verfügung oder in einer beliebigen Form der Mitverfügung über solche Waffen – Zugang zu Kernwaffen erlangt. Davon, wie diese Frage entschieden wird, hängt in großem Maße die Zukunft der europäischen und nicht nur der europäischen Völker ab. Auch in dieser Frage sind keine Halbheiten zulässig.

5. Die Unantastbarkeit der Grenzen ist die Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Europa. Im Interesse der Normalisierung der Lage in Europa ist es erforderlich, daß alle Staaten, sowohl Europas als auch außerhalb Europas, in ihren außenpolitischen Aktionen von der Anerkennung der real bestehenden Grenzen zwischen den europäischen Staaten ausgehen, die nach dem verheerendsten Kriege in der Geschichte der Menschheit entstanden sind, darunter der polnischen Grenzen an Oder und Neiße und der Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten.

6. Die deutsche Friedensregelung entspricht den Interessen des Frie-

dens in Europa. Die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Staaten sind bereit, die Suche nach der Lösung dieses Problems fortzusetzen. Diese Lösung muß die Interessen der Sicherheit aller interessierten Länder, die Sicherheit Europas als Ganzes berücksichtigen.

Ein konstruktives Herangehen an diese Frage wie auch an andere Aspekte der Sicherheit in Europa ist nur möglich, wenn von der Wirklichkeit, vor allem von der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik —, ausgegangen wird. Gleichzeitig ist für die deutsche Friedensregelung unerlässlich, daß die bestehenden Grenzen anerkannt werden und beide deutsche Staaten auf Kernwaffen verzichten.

Die gleichberechtigte Teilnahme beider deutscher Staaten an der Entwicklung und Festigung der europäischen Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten — dem politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen — ermöglicht ihrer Arbeiterklasse, Bauernschaft, Intelligenz, der ganzen Bevölkerung, entsprechend ihren Möglichkeiten und schöpferischen Fähigkeiten mit den anderen europäischen Völkern ihren Beitrag für die Sache des Fortschritts und des Friedens zu leisten.

Was die Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten betrifft, so führt der Weg zu ihrer Verwirklichung über die Entspannung, über die allmähliche Annäherung zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten und über Abmachungen zwischen ihnen, über Abrüstungsvereinbarungen in Deutschland und in Europa, auf der Grundlage des Prinzips, daß das zukünftige vereinigte Deutschland ein wirklich friedliebender demokratischer Staat sein wird, von dem niemals eine Bedrohung seiner Nachbarn und des europäischen Friedens ausgehen wird.

7. Eine große positive Bedeutung hätte die Einberufung einer europäischen Konferenz zur Erörterung von Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und zur Anbahnung der europäischen Zusammenarbeit. Die auf einer solchen Konferenz erzielte Übereinkunft könnte ihren Ausdruck zum Beispiel in Form einer europäischen Deklaration über Zusammenarbeit im Interesse der Aufrechterhaltung und der Festigung der europäischen Sicherheit finden. In einer solchen Deklaration könnten Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten vorgesehen werden, sich in ihren gegenseitigen Bezie-

hungen von den Interessen des Friedens leiten zu lassen, Streitfragen nur auf friedlichem Wege zu lösen, Konsultationen und einen Informationsausschuß über gegenseitig interessierende Fragen durchzuführen, eine allseitige Entwicklung der gegenseitigen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zu fördern. Die Deklaration sollte allen interessierten Staaten zum Beitritt offenstehen.

Die Einberufung einer Konferenz zu Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit könnte die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa fördern und wäre ein wichtiger Meilenstein in der gegenwärtigen Geschichte Europas.

Unsere Länder sind bereit, an einer solchen Konferenz zu jedem beliebigen auch für die anderen interessierten Staaten, sowohl die Mitglieder des Nordatlantikvertrages als auch die neutralen Staaten, annehmbaren Zeitpunkt teilzunehmen. Die neutralen europäischen Länder könnten ebenfalls eine positive Rolle bei der Einberufung einer solchen Konferenz spielen.

Die Tagesordnung und andere Fragen der Vorbereitung eines solchen Treffens oder einer solchen Konferenz müssen selbstverständlich gemeinsam von allen teilnehmenden Staaten unter Berücksichtigung der von jedem von ihnen unterbreiteten Vorschläge aufgestellt werden.

Die auf der Konferenz vertretenen Länder sind bereit, auch andere geeignete Methoden für die Diskussion der Probleme der europäischen Sicherheit auszunutzen: Verhandlungen über diplomatische Kanäle, Treffen der Außenminister oder spezieller Vertreter auf zwei- oder mehrseitiger Grundlage, Kontakte auf höchster Ebene. Sie sind der Auffassung, daß die oben dargelegten Erwägungen die grundlegenden und wichtigsten Aspekte zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit umfassen. Sie sind bereit, auch andere Vorschläge zu erörtern, die zur Lösung dieser Probleme von jedem beliebigen Staat unterbreitet worden sind oder unterbreitet werden können.

Was die Teilnahme an einer solchen Diskussion betrifft, so machen die Staaten des Warschauer Vertrages keinerlei Ausnahmen. Es ist Angelegenheit eines jeden Staates, zu entscheiden, ob er sich an der Erörterung und Lösung der europäischen Probleme beteiligen will oder nicht.

Den Völkern ist es natürlich nicht gleichgültig, welchen politischen

Kurs der eine oder andere Staat einschlägt – ob er den Interessen des Friedens und der Sicherheit entspricht oder widerspricht.

Die Teilnehmer der Beratung sind davon überzeugt, daß es den Ländern der anderen Kontinente nicht gleichgültig sein kann, in welcher Richtung die Entwicklung in Europa verläuft. Der Brand zweier Weltkriege ging von europäischem Boden aus, er setzte jedoch fast den ganzen Erdball in Flammen. Viele Länder – auch der von Europa weit entfernten Kontinente – wurden verwüstet und erlitten Opfer. Deshalb muß jede Regierung, die von Sorge um das Schicksal des Friedens getragen ist, jeden Schritt begrüßen, der zur Entspannung und Gesundung der Lage in Europa führt, und muß solche Anstrengungen unterstützen.

Unsere Länder bringen ihr Interesse an der Festigung der europäischen Sicherheit zum Ausdruck; sie bekunden ihre Bereitschaft, an entsprechenden Schritten, die auf dieses Ziel gerichtet sind, teilzunehmen, und sind davon überzeugt, daß es Pflicht aller europäischen Staaten ist, zur Lösung der Probleme von weltweiter Bedeutung beizutragen, deren Regelung sich zweifellos günstig auf die Lage in Europa auswirken würde. Dazu gehören die Gewährleistung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, das Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, die Abrüstung, das Verbot der Anwendung von Kernwaffen und andere bedeutende Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Konflikts, die endgültige Liquidierung des Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen, die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte auf fremden Territorien, die Entwicklung einer gleichberechtigten internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ihrerseits werden die auf der Beratung vertretenen Staaten auch weiterhin alles von ihnen Abhängende tun, um die schnellste Lösung dieser Probleme von Weltbedeutung zu fördern. Sie messen der Festigung der Organisation der Vereinten Nationen auf der Grundlage der strengen Achtung ihrer Charta, der Gewährleistung der Universalität der UNO, der Bemühungen, ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit den Veränderungen in der Welt zu bringen, große Bedeutung bei. Sie werden allseitig bei der Erhöhung der Effektivität der Organisation im Interesse der Erhaltung des allgemeinen Friedens und der Sicherheit sowie der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern mitwirken.

Die Unterzeichnerstaaten dieser Deklaration bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, gemeinsam mit anderen Staaten nach gegenseitig annehmbaren Wegen zur Festigung des Friedens in Europa zu suchen. Sie sind fest entschlossen, in der internationalen Arena die Linie zu verteidigen, die auf den Frieden, die internationale Zusammenarbeit der Staaten, auf die Festigung aller freiheitsliebenden und fortschrittlichen Kräfte gerichtet ist, gegen imperialistische Aggression, gegen die Politik des Diktats und der Gewalt zu kämpfen und die Sache der Freiheit, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts zu unterstützen.

Die Teilnehmer der Beratung wenden sich an alle europäischen Regierungen und Nationen, an alle Kräfte des Friedens und des Fortschritts unseres Kontinents – ohne Unterschied ihrer ideologischen, politischen oder religiösen Überzeugungen – mit dem Aufruf, ihre Anstrengungen zu vereinigen, damit Europa – eines der wichtigsten Zentren der Weltzivilisation – zu einem Kontinent umfassender und fruchtbringender Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Nationen, zu einem mächtigen Faktor der Stabilität des Friedens und des gegenseitigen Verständnisses in der ganzen Welt wird.

Quelle: Neues Deutschland vom 9. 7. 1966.

